

Wochenbericht

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2010/2011

Seite 2

Von Christian Dreger, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke,
Burcu Erdogan, Hendrik Hagedorn, Barbara Klotz, Stefan Kooths,
Sebastian Weber

„Staatsverschuldung bremst die Wirtschaftsentwicklung“

Seite 3

Sechs Fragen an Christian Dreger

Weltwirtschaft:

Staatliche Stützungsmaßnahmen tragen das Wachstum

Seite 4

Deutschland:

Robuster Konjunkturverlauf kein Anlass zur Euphorie

Seite 11

Geldpolitik: Schrittweiser Ausstieg aus den
unkonventionellen Maßnahmen

Seite 21

Finanzpolitik: Überdosierung der Stabilisierungspolitik

Seite 23

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung für Deutschland

Seite 25

Immobilienkredite an Habenichtse und
die falschen Lehren aus der Finanzkrise

Seite 32

Kommentar von Alexander Kritikos

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2010/2011

Christian Dreger
cdreger@diw.de

Kerstin Bernoth
kbernoth@diw.de

Franziska Bremus
fbremus@diw.de

Karl Brenke
kbrenke@diw.de

Burcu Erdogan
berdogan@diw.de

Hendrik Hagedorn
hhagedorn@diw.de

Barbara Klotz
bklotz@diw.de

Stefan Kooths
skooths@diw.de

Sebastian Weber
sweber@diw.de

Das DIW Berlin rechnet für 2010 und 2011 mit einem Wirtschaftswachstum von jeweils rund zwei Prozent. Maßgebliche Triebkräfte kommen von der Binnennachfrage, die – mit Ausnahme der Unternehmensinvestitionen – in großem Umfang durch staatliche Stabilisierungsprogramme sowie durch die automatischen Stabilisatoren gestützt wird. Die wichtigste Säule bildet der private Verbrauch, der von beträchtlichen Kaufkraftzuwächsen der privaten Haushalte profitiert. Für die Exporte ist zunächst noch mit keiner kräftigen Erholung zu rechnen. Die deutschen Ausfuhren dürften aufgrund der Spezialisierung auf Investitionsgüter und des noch relativ geringen Marktanteils in den Wachstumszentren der Weltwirtschaft nur mit Verzögerung – und damit erst im nächsten Jahr – deutlicher am weltwirtschaftlichen Aufschwung teilhaben.

Die Zahl der Arbeitslosen wird im kommenden Jahr zwar die Vier-Millionen-Marke übersteigen, angesichts der vorausgegangenen Produktionseinbrüche fällt der Beschäftigungsrückgang jedoch vergleichsweise schwach aus. Ermöglicht wird dies durch eine schwache Produktivitätsentwicklung und eine nur allmähliche Normalisierung der geleisteten Arbeitszeit. Gleichzeitig bleiben die Preise mit einer Inflationsrate um ein Prozent weitgehend stabil. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine Beruhigung auf den Rohstoffmärkten, die in der Prognose unterstellt ist.

Insgesamt sind die Rückschläge durch die schwere Wirtschaftskrise indes noch nicht überwunden: Erst gegen Ende 2011 dürfte die Wirtschaftskraft Deutschlands wieder an den Wert von Mitte 2008 und damit an das Niveau vor den dramatischen Produktionseinbrüchen heranreichen. Das entspricht rein rechnerisch mehr als drei Jahren mit Nullwachstum.

In der Geldpolitik stellt sich die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für einen Ausstieg aus dem expansiven Kurs. Angesichts der noch bestehenden Unsicherheiten bezüglich der weiteren konjunkturellen Erholung und der Nachhaltigkeit der Finanzmarktstabilisierung ist eine nur allmähliche Rückführung der übermäßigen Liquiditätsversorgung empfehlenswert – zumal das Preisstabilitätsziel derzeit nicht gefährdet ist.

Die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung ist kritisch zu bewerten: Die Vorhaben der Bundesregierung – Abgabensenkung, Steuerreform, Gesundheitsreform und Einhaltung der Schuldenbremse ab 2016 – mögen für sich genommen jeweils eine gewisse Begründung haben, als Ganzes betrachtet sind diese Maßnahmen jedoch nicht gleichzeitig realisierbar. Diese Widersprüchlichkeit in der Wirtschaftspolitik kann erheblich zur Verunsicherung der privaten Haushalte und der Unternehmen beitragen. Hier wären eine stärkere Prioritätensetzung und eine klarere Gesamtkonzeption dringend geboten.

Sechs Fragen an Christian Dreger

„Staatsverschuldung bremst die Wirtschaftsentwicklung“

Herr Prof. Dreger, im Jahr 2010 soll die deutsche Wirtschaft mit einem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ in Schwung gebracht werden. Rechnen Sie überhaupt mit einem Wachstum, das – wie auch immer – beschleunigt werden kann?

Wir sind da skeptisch. Eher werden die Schulden des Staates beschleunigt, und das macht die spätere Konsolidierung umso schwieriger. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz sehr kurzfristige Stroheffekte angefacht werden, allerdings ist nicht mit weiteren Effekten zu rechnen.

Glauben Sie, dass mit einer Entlastung des Steuerzahlers eine Konsolidierung stattfinden kann? Oder wird die Maßnahme Löcher in die Kassen reißen, die die Wirtschaftsentwicklung bremst?

Dadurch, dass die Staatsverschuldung erheblich steigt, wird die Wirtschaftsentwicklung längerfristig eher gebremst. Wir müssen bei der ganzen Diskussion berücksichtigen, dass die Selbstfinanzierungsquoten von Steuersenkungen im Durchschnitt vielleicht bei einem Drittel liegen. Das heißt, in den öffentlichen Kassen wird ein großes Defizit verbleiben. Das ist Augenwischerei, dass sich durch Steuererleichterungen das Wachstum so beschleunigt, dass dadurch dann wieder Steuermehreinnahmen fließen, die die anfänglichen Steuerausfälle kompensieren.

Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie?

Wir werden in diesem Jahr auf ein Wachstum von ungefähr zwei Prozent kommen, im nächsten Jahr sollte es etwas weniger sein. Dahinter steht vor allem die Inlandsnachfrage. Es gibt aber auch statistische Effekte, die den Wachstumsvergleich zwischen 2010 und 2011 verzerren. Das führt dazu, dass das Wachstum 2010 etwas höher ausfällt als 2011. Doch obwohl wir 2011 eine etwas niedrigere Wachstumsrate haben, haben wir eine Bestätigung des sehr moderaten Aufwärtstrends.

Die deutsche Exportwirtschaft hatte 2009 zu kämpfen, der private Konsum hingegen hat sich ganz gut gehalten. Wird sich das 2010 so fortsetzen?

Der private Konsum wird 2010 dadurch belastet, dass es eine tendenziell steigende Arbeitslosigkeit gibt. Die Exporte werden 2010 nicht noch einmal abstürzen, vielmehr wird sich die Weltwirtschaft erholen und das stützt auch die Exporte. Wir erwarten positive Zuwachsraten bei den Exporten, der private Konsum dürfte sich eher verhalten entwickeln. Trotzdem ist der Wachstumsbeitrag der inländischen Komponenten entscheidend.

Wird die Weltwirtschaft die Finanzmarktkrise 2010 endgültig hinter sich lassen?

Damit ist sicherlich noch nicht zu rechnen. Die Finanzkrise ist noch nicht überwunden und wird noch weiter schwelen. Die Kreditbedingungen sind vielerorts verschärft worden und das

lastet noch immer auf der wirtschaftlichen Entwicklung. Trotzdem haben wir eine gewisse Stabilisierung erreicht.

Wo werden 2010 die größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen liegen?

Wir werden im Prognosezeitraum aller Voraussicht nach eine moderate wirtschaftliche Entwicklung haben. Diese moderate Entwicklung ist in Rechnung zu stellen, wenn über Konsolidierungsstrategien bei den öffentlichen Haushalten nachgedacht wird. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass wir jetzt eine ausufernde Staatsverschuldung haben, die aufgrund von Verzögerungseffekten 2010 noch viel höher ausfallen wird als 2009. Das heißt, wir müssen uns Gedanken machen, wie wir diese Dynamik der Staatsverschuldung bremsen und eine Konsolidierung herbeiführen können.



Prof. Dr. Christian Dreger,
Leiter der
Konjunkturabteilung
am DIW Berlin

Die Selbstfinanzierungsquote von Steuersenkungen liegt höchstens bei einem Drittel.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Weltwirtschaft: Staatliche Stützungsmaßnahmen tragen das Wachstum

Nach der beispiellosen Talfahrt zur Jahreswende 2008/2009 scheint die Produktion der Weltwirtschaft den Tiefpunkt erreicht zu haben (Abbildungen 1 und 2). Im Sommer war die Entwicklung in den meisten Industriestaaten wieder leicht nach oben gerichtet. Im dritten Quartal hat sich der Aufwärtstrend spürbar verstärkt. Das Wachstum lag in den USA bei 0,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal, in Japan wurden allerdings nur gut 0,3 Prozent erreicht. Im Euroraum ist die Produktion um rund 0,4 Prozent gestiegen (Abbildung 3). Vor allem in Deutschland (+0,7 Prozent) und Italien (+0,6 Prozent) zog die Wertschöpfung kräftig an, in Großbritannien war sie indes immer noch rückläufig (-0,3 Prozent). Positiv wirkten überall auf der Welt staatliche Konjunkturpro-

gramme und automatische Stabilisatoren. Strukturbrüche in einigen Branchen haben das Produktionspotential wichtiger Länder beschädigt und die schwierige Beschäftigungssituation schwächt die Nachfrage. Das Wachstum der letzten Quartale reichte nicht aus, um die vorangegangenen Produktionseinbußen zu kompensieren. Insgesamt hat die Wertschöpfung der Industrieländer im abgelaufenen Jahr um mehr als drei Prozent nachgegeben.

Die Schwellenländer in Asien haben die Krise trotz der zum Teil hohen Abhängigkeit von den USA am besten überstanden. Sogar im Krisenjahr sind die Zuwachsraten dort vielerorts im positiven Bereich geblieben. Im Durchschnitt lag die Wirtschaftsleistung immerhin noch um etwa sechs Prozent höher als 2008. Vor allem die Schwerkichte China und Indien haben so zur Stützung der Weltwirtschaft beigetragen. Dagegen ist das reale Bruttoinlandsprodukt in den Schwellenländern Mittel- und Osteuropas um sechs Prozent unter das Vorkrisenniveau gefallen, in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sind es sogar fast zehn Prozent.

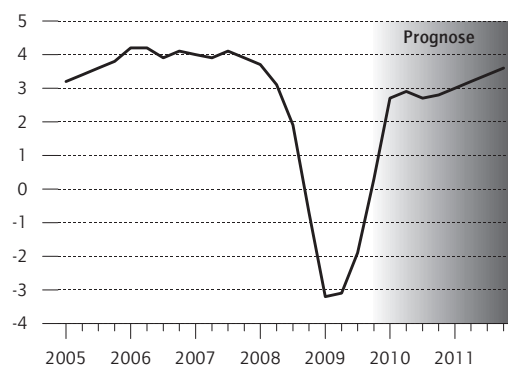
USA

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ging in den USA einher mit dem abrupten Abbau von Überkapazitäten. Vor allem die Automobilindustrie und die Bauwirtschaft befinden sich in einer Phase der Umstrukturierung. Solange keine Impulse von den privaten Haushalten ausgehen, ist nicht mit größeren Investitionsschüben der Unternehmen zu rechnen. Die Konsumenten sind vielfach im Schuldenabbau gefangen und halten sich mit ihren Käufen zurück. Die Sparquote liegt derzeit zwar nur bei vier Prozent, ist aber schon kräftig gestiegen und dürfte weiter zunehmen. Zudem ist die Arbeitslosenquote mit zehn Prozent so hoch wie seit den Ölkrisen in den 70er Jahren nicht mehr und wird im Prognosezeitraum kaum zurückgehen. Auch der Wohnungsbau, welcher in vergangenen Rezessionen oft zuerst aus der Krise kam, liegt aufgrund der Leerstände danieder. Zwar hat sich zuletzt das Konsumklima etwas aufgehellt, doch kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Auftragseingänge aus dem Inland und der Wohnungsbau schwach entwickeln. Das Handelsbilanzdefizit der USA, das im Vorjahr im Zuge des abrupten Nachfrageausfalls auf unter 400 Milliarden Dollar gefallen ist, wird sich im Prognosezeitraum wieder erhöhen. Es

Abbildung 1

Weltproduktion¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



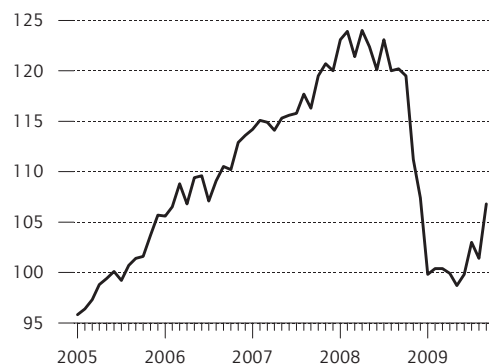
¹ Auf Basis des US-Dollar und Preisen von 2005.

Quelle: Global Insight; Berechnungen des DIW Berlin. DIW Berlin 2010

Abbildung 2

Welthandel

Index 2005 = 100



Quelle: CPB, Den Haag.

DIW Berlin 2010

wird jedoch vier Prozent der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen und somit deutlich unter dem Vorkrisenniveau bleiben.

Das für 2010 und 2011 prognostizierte Wirtschaftswachstum von 2,2 beziehungsweise 2,7 Prozent wird in erheblichem Maße durch die Konjunkturprogramme getragen (Tabelle 1). Das Gesamtvo-

lumen der Maßnahmen beträgt 787 Milliarden Dollar und entspricht somit 5,5 Prozent der Wirtschaftsleistung des Jahres 2008. Diese Interventionen schlagen jedoch im Jahr 2009 mit einem enormen Defizit in den öffentlichen Haushalten zu Buche und schränken somit den künftigen Handlungsspielraum der Regierung ein; im Jahr 2009 beläuft sich das Defizit auf 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der neue Haushaltsentwurf wird im Februar vorgestellt. Dann wird sich zeigen, inwiefern die USA gewillt sind, einen Konsolidierungspfad zu beschreiten.

Erhebliche Risiken für die USA und somit auch für die Weltwirtschaft liegen in der Währungspolitik. Käme es zu einer rasanten Abwertung des Dollars, so wären angesichts der hohen Auslandsverschuldung der USA erhebliche Verwerfungen auf den Finanzmärkten die Folge.

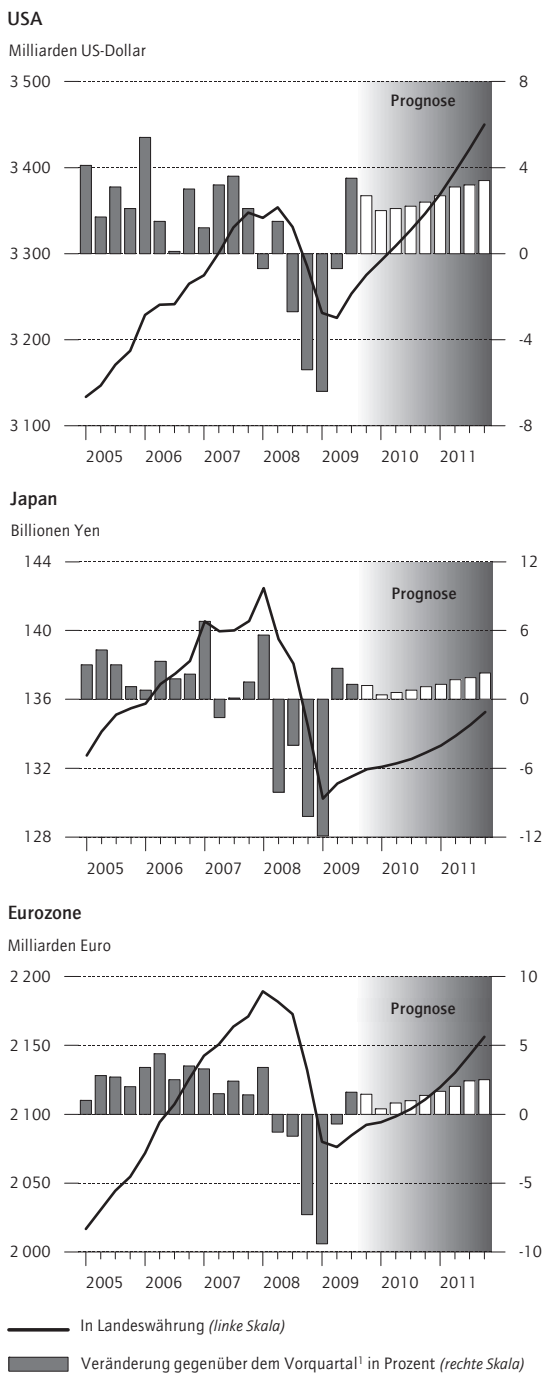
Japan

Die japanische Wirtschaft nähert sich bedenklich einer erneuten Deflationsphase. Zudem kommt die Wirtschaftsleistung kaum voran. Angesichts geringer Profite müssen die Unternehmen hohe Risikoaufschläge auf dem Kapitalmarkt zahlen; auch das bremst die Investitionstätigkeit. Die Lohnentwicklung bleibt auch deshalb schwach, weil die gewinnabhängigen Lohnbestandteile eine größere Rolle spielen als in anderen Industrieländern. Die Arbeitslosigkeit verzeichnete 2009 mit 5,2 Prozent einen historischen Höchststand. Sie spiegelt aber bei weitem nicht das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung wider, denn in den letzten Jahren wurden neue Arbeitsverträge größtenteils nur auf Teilzeitbasis abgeschlossen. In kaum einem anderen Land ist die Arbeitnehmerschaft so gespalten: Auf der einen Seite stehen die meist in patriarchalisch geführten Großunternehmen angestellten, meist älteren Vollzeitkräfte mit sicheren Arbeitsverhältnissen, auf der anderen Seite finden sich die jüngeren Arbeitnehmer mit unsicheren und schlecht entlohnten Arbeitsverhältnissen, die einer Teilzeitarbeit nachgehen, weil sie keine Vollzeitstelle finden können. Diese wachsende Beschäftigungsunsicherheit hemmt den privaten Verbrauch.

Um der Deflationsspirale entgegenzusteuern, hat die Regierung seit August 2008 nunmehr das fünfte Konjunkturprogramm aufgelegt. Diese haben durchaus Wirkung gezeigt, aber mehr als ein Abschiemen der Binnenwirtschaft von den Produktionsausfällen in den Exportsektoren naturgemäß nicht erreicht. Die Exporte werden sich wegen des starken Yen im Prognosezeitraum nur allmählich erholen. Die Handelsbeziehungen zu

Abbildung 3

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum



¹ Auf Jahresraten hochgerechnet, saisonbereinigter Verlauf.

Quellen: Global Insight; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Gewichte (BIP)	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr								2008	2009	2010	2011
		2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011				
Euroraum	17,3	0,5	-3,9	0,9	1,7	3,2	0,2	1,3	1,7	7,8	9,7	10,5	10,3
Großbritannien	3,2	0,6	-4,6	0,9	1,6	3,6	2,1	2,2	1,6	5,7	7,6	8,4	8,7
Mitteleuropa und Balkan	2,5	3,0	-4,7	1,6	3,2	7,8	4,2	3,8	3,6	9,4	12,6	13,7	13,5
Russland	3,2	5,6	-8,0	1,9	3,9	14,1	11,7	8,3	7,3	7,8	8,4	8,1	7,0
USA	21,2	0,4	-2,5	2,2	2,7	3,8	-0,3	1,7	2,0	5,8	9,3	10,2	9,6
Japan	6,6	-1,2	-5,4	0,8	1,5	1,4	-1,4	-0,8	-0,3	4,0	5,1	5,6	5,7
China	11,3	9,0	8,6	9,8	8,5	5,9	-0,8	1,9	3,3	4,2	4,3	4,2	4,0
Südkorea	1,8	2,2	0,1	4,1	3,2	4,7	2,8	2,8	2,6	3,2	3,7	3,8	4,0
Indien	4,6	6,1	6,4	7,5	7,7	8,4	10,3	8,1	5,7	9,2	9,3	8,6	8,0
Brasilien	2,8	5,1	0,2	4,3	5,7	5,7	4,9	4,1	4,3	7,9	8,2	8,2	8,1
Mexiko	2,1	1,4	-6,9	3,5	3,2	5,1	5,3	3,9	3,7	4,0	5,6	5,5	4,8
Weltwirtschaft¹	100,0	1,9	-2,0	2,8	3,3	5,1	1,6	2,5	2,7	7,5	8,7	8,7	8,3

¹ Gewichtet mit Kaufkraftparitäten.

Quellen: World Development Indicators, World Bank; Global Insight.

DIW Berlin 2010

den Wachstumsregionen Südasiens sind indes von Vorteil und dürften sich mittelfristig noch weiter intensivieren. In diesem Jahr wird das japanische Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich trotz der immer noch schwachen Binnenwirtschaft um 1,5 Prozent, im Jahr 2011 um 1,8 Prozent wachsen – erheblich gestützt durch Konjunkturprogramme und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Eine Konsolidierung der japanischen Staatsfinanzen ist nicht in Sicht, und die Gefahr einer Überschuldung der Staats Haushalte wächst. Im vergangenen Jahr wuchs die Verschuldung auf 216 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dennoch hat die japanische Regierung weitere Transferleistungen angekündigt und Steuererhöhungen ausgeschlossen. Die Finanzierung soll durch Verkäufe von Staatsbeteiligungen sowie möglicherweise durch die Verschiebung bereits angekündigter Vergünstigungen erfolgen. Wenig Veränderung ist auch in geldpolitischer Hinsicht zu erwarten. Die Zentralbank wird den Leitzins angesichts allenfalls stagnierender Preise weiter nahe bei null Prozent halten und durch direkte Aufkäufe von Unternehmens- und Staatsanleihen die Realwirtschaft stützen. Ähnlich wie in der Haushaltspolitik wird auch in der Geldpolitik ein Schlingerkurs gefahren: Im Oktober 2009 beendete die japanische Notenbank ihr Ankaufprogramm für Unternehmensanleihen, für April 2010 wurde aber bereits ein neues Programm in Höhe von einer Billion Yen (7,7 Milliarden Euro) angekündigt.

China

China hat im vergangenen Jahr eines der weltweit größten Konjunkturprogramme aufgelegt, dessen Volumen über 13 Prozent der Wirtschaftsleistung des Jahres 2008 betrug. Damit wurden insbesondere Infrastrukturprojekte gefördert. Für 2010 sieht das Konjunkturprogramm eine Umschichtung der Mittel hin zu Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung sowie Forschung und Entwicklung vor. Der krisenbedingte Rückgang der Auslandsnachfrage konnte damit weitgehend kompensiert werden. So wuchs die chinesische Wirtschaft auch während der Krise mit hohen Wachstumsraten, die jedoch nicht mehr im zweistelligen Bereich lagen. 2010 dürfte das Bruttoinlandsprodukt real um 9,8 Prozent steigen, gefolgt von knapp neun Prozent im Jahr 2011.

Mit diesen Wachstumsraten liegt China international an der Spitze und könnte im weiteren Verlauf eine Lokomotivfunktion für die Weltwirtschaft einnehmen. Nicht zuletzt aufgrund der Konjunkturprogramme konnte die Binnennachfrage in China kräftig angekurbelt werden. So legten die Pkw-Verkaufszahlen 2009 um mehr als 40 Prozent zu. Der Inflationsdruck dürfte dennoch infolge des rapiden Kapazitätsaufbaus der vergangenen Jahre gering bleiben. Im Jahr 2009 sind die Verbraucherpreise voraussichtlich sogar um 0,8 Prozent zurückgegangen. 2010 ist wieder mit einer positiven Inflationsrate zu rechnen. Die starke Binnennachfrage führt weiterhin zu einer Belebung bei den Importen, während

sich die Exporte verhalten entwickeln dürften. Dementsprechend wird der Leistungsbilanzüberschuss 2010 voraussichtlich auf 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken. Vor diesem Hintergrund wird China kurzfristig nicht gewillt sein, seine Exporte durch eine Aufwertung des Yuan gegenüber dem US-Dollar zu bremsen.

Ein maßgeblicher Bestandteil der Konjunkturmaßnahmen bestand in einer massiven, teilweise staatlich gelenkten Kreditexpansion. Nach offiziellen Angaben lag im ersten Halbjahr 2009 die Summe der neuen Kredite um 50 Prozent über dem gesamten Kreditneugeschäft des Jahres 2008. Dieses enorme Kreditwachstum hat in Verbindung mit dem starken Liquiditätszufluss aus dem Ausland einer möglichen Vermögenspreisblase Vorschub geleistet.

Die Verschiebung der konjunkturstimulierenden Maßnahmen hin zum Wohnungsbau hat zum Ziel, die Angebotssituation auf dem Immobilienmarkt zu verbessern und so einem Preisdruck auf den Vermögensmärkten entgegenzuwirken. Damit auf dem Immobilienmarkt keine übermäßige Spekulation entsteht, wurde im Dezember 2009 eine Verkaufsteuer auf Immobilien sowie eine Rückführung der mit dem Konjunkturpaket eingeführten Vergünstigungen auf dem Grundstücksmarkt beschlossen. Auch die Ausdehnung der Kreditvergabe wird von staatlicher Seite nicht weiter forciert, um das Risiko von Fehlinvestitionen einzudämmen.

Indien

Das Bruttoinlandsprodukt Indiens dürfte 2009 real um reichlich sechs Prozent gewachsen sein. Dieser Wert liegt unter dem mehrjährigen Wachstumstrend. In diesem Jahr wird sich das Wirtschaftswachstum jedoch auf 7 ½ Prozent beschleunigen. Dafür ist maßgeblich die Wiederbelebung der Binnennachfrage verantwortlich. Die Inflation wurde durch eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise infolge der Trockenheit, die auch maßgeblich zu der zwischenzeitlichen Wachstumsschwäche beitrug, angeheizt. So ist der Verbraucherpreisindex 2009 voraussichtlich um über zehn Prozent gestiegen, 2010 dürfte die Teuerung bei acht Prozent liegen. Deshalb und auch aufgrund der Liquiditätsschwemme könnte ein baldiger Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik nötig werden. Das Budgetdefizit wird sich 2010 voraussichtlich auf knapp sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausweiten.

Mexiko und Brasilien

Die gesamtwirtschaftliche Dynamik in den Ländern Lateinamerikas hat wieder an Fahrt gewonnen. Der Kontinent ist weniger von der Wirtschaftskrise betroffen als andere Regionen und dürfte sich im Prognosezeitraum mit jährlichen Wachstumsraten von drei bis vier Prozent auch schneller erholen. Die vergleichsweise rasche Genesung ist auf die stabile Ausgangsposition vieler Länder zurückzuführen, die in den vergangenen Jahren ihre Staatshaushalte saniert, Währungsreserven aufgebaut und ein reguliertes Bankensystem eingeführt haben. Der hierdurch gewonnene wirtschaftspolitische Spielraum konnte genutzt werden, um der weltweiten Rezession entgegenzusteuern.

Die Auswirkungen der Krise auf die einzelnen Länder fallen jedoch unterschiedlich aus. So stagnierte die Wirtschaft in Brasilien im Vorjahr, während Mexiko wohl einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts von sieben Prozent zu verkraften hatte. Die zweitgrößte Wirtschaftsmacht Lateinamerikas litt vor allem unter der starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. So brachen die Exporte um rund 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr ein. Auch die Rücküberweisungen der im Ausland Beschäftigten sanken deutlich. Die rückläufige Ölförderung stellt ein weiteres Problem Mexikos dar, da sie den Staatshaushalt in den kommenden Jahren belasten wird. Die Entwicklung scheint sich jedoch allmählich zu erholen – nicht zuletzt aufgrund der expansiven fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen. Auch der Aufwärtstrend bei den Ölpreisen sowie die leichte Belebung der Exporte in die USA waren der mexikanischen Wirtschaft zuletzt förderlich, sodass das Bruttoinlandsprodukt ab 2010 jährlich wieder um gut drei Prozent zulegen dürfte.

In Brasilien wirkte sich die Krise wesentlich weniger stark aus. Die Wirtschaftstätigkeit wurde sowohl durch die staatlich gestützte Binnennachfrage als auch durch Rohstoffexporte in die asiatischen Länder getragen. China hat die USA inzwischen als wichtigster Handelspartner Brasiliens abgelöst. Der Leitzins wurde wegen der immer noch hohen Inflationsrate seit der letzten Senkung im Juli bei 8,75 Prozent gehalten. Ab Mitte 2010 ist mit einer weiteren Straffung der Geldpolitik zu rechnen.

Euroraum

Nach dem starken Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität um die Jahreswende 2008/2009 hat im

vergangenen Herbst eine Aufwärtsbewegung im Euroraum eingesetzt. Abgesehen von der spanischen Wirtschaft, die noch im dritten Quartal eine Kontraktion von 0,3 Prozent zu verkräften hatte, wuchs die Wirtschaft in den großen Staaten recht kräftig. So ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Frankreich um 0,3 Prozent gestiegen, und in Italien konnte die Produktion mit einer Wachstumsrate von 0,6 Prozent zulegen.

Neben den geld- und fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen war vor allem der kräftige Anstieg der Exporttätigkeit für diese Entwicklung verantwortlich. Darüber hinaus hat die Verbesserung der Lage auf den Finanzmärkten stabilisierend auf die wirtschaftliche Aktivität im Euroraum gewirkt. Die Vertrauensindikatoren für den Euroraum weisen deutlich nach oben (Abbildung 4). Sowohl Industrie- als auch Konsumentenvertrauen haben sich seit letztem Frühjahr stetig verbessert, liegen aber weiterhin unter dem längerfristigen Durchschnitt. Der Eurocoin-Indikator, der monatlich den aktuellen wirtschaftlichen Ausblick für den Euroraum zusammenfasst, wurde im November hauptsächlich durch diese Stimmungsaufhellung aufwärts getrieben. In geringerem Maße trug die positive Entwicklung auf den Aktienmärkten und der Industrieproduktion zum Anstieg des Indikators bei. Die Auftragseingänge haben im dritten Quartal mit einem Plus von knapp acht Prozent gegenüber dem Vorquartal deutlich zugelegt, bleiben aber volatil. Auch der Einkaufsmanagerindex des Euroraums setzte zuletzt seinen Erholungskurs fort.

Entgegen der Stimmungsaufhellung ist der private Konsum nach wie vor schwach. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit und schwacher Einkommensentwicklung ist ein eher verhaltener Anstieg der privaten Konsumausgaben zu erwarten. Die staatlichen Konjunkturmaßnahmen werden die Binnennachfrage zwar bis zum Ende des Prognosezeitraums stützen, werden aber nach und nach auslaufen. Die Investitionstätigkeit verharrt wegen der noch geringen Kapazitätsauslastung weiterhin auf niedrigem Niveau. Angesichts der leichten Erholung der Auftragseingänge für Kapitalgüter dürften ab Mitte 2010 wieder positive Wachstumsraten zu verzeichnen sein.

Die Arbeitslosenquote fiel im Euroraum mit knapp zehn Prozent im Jahr 2009 geringer aus als befürchtet. Grund hierfür sind vor allem die staatlichen Kurzarbeitsregelungen in einigen Ländern und die Tatsache, dass die Krise den Euroraum in einer Phase extremer Anspannung der Kapazitäten traf. Allerdings ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt sehr heterogen. Während die Arbeitslosenquote in Deutschland, Frankreich und Italien 2009 um etwa einen Prozentpunkt

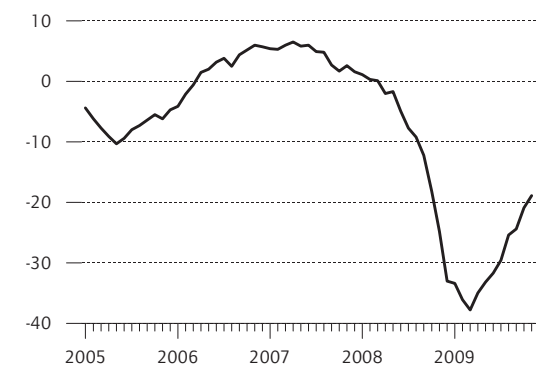
Abbildung 4

Indikatoren der Konjunktur im Euroraum

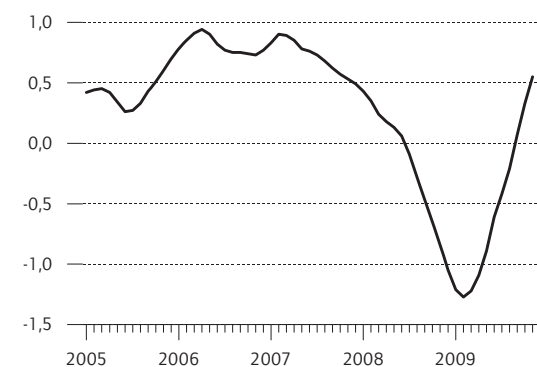
Konsumentenvertrauen



Industrievertrauen



Eurocoin-Indikator



Quellen: Eurostat; CEPR.

DIW Berlin 2010

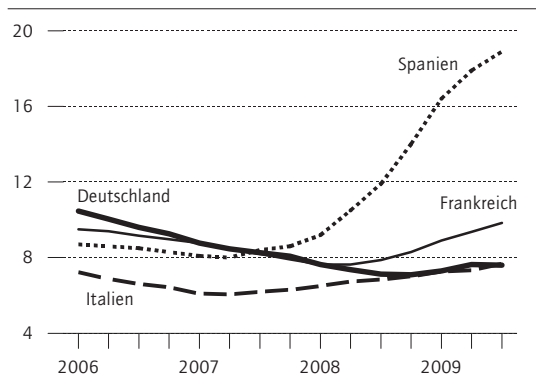
gestiegen ist, lag der Anstieg in Spanien bei rund sieben Prozentpunkten (Abbildung 5). 2010 dürfte die Arbeitslosenquote im Euroraum aufgrund des anhaltenden Anpassungsbedarfs in den Unternehmen ihren Höhepunkt erreichen und damit die Binnennachfrage weiter dämpfen. 2011 wird die Zahl der Arbeitslosen dann voraussichtlich wieder leicht rückläufig sein.

Durch die schwere Rezession ist bei den öffentlichen Haushalten ein erheblicher Konsolidierungsbedarf entstanden. Infolge von Steuerausfällen und gestiegener Sozialausgaben auf der einen Seite sowie kräftigen Ausgabenerhöhungen für

Abbildung 5

Arbeitslosenquoten¹ im Euroraum

In Prozent

¹ Standardisiert.

Quelle: Global Insight.

DIW Berlin 2010

die diskretionären fiskalpolitischen Maßnahmen auf der anderen Seite wird das Budgetdefizit im Euroraum in diesem Jahr bei rund sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Damit wird die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Grenze von drei Prozent deutlich überschritten. 2010 dürfte das Defizit im Euroraum seinen Höhepunkt nahe sieben Prozent erreichen, erst 2011 ist mit einem leichten Rückgang zu rechnen. Nach knapp 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dürfte die Schuldenquote bis 2011 im Durchschnitt auf etwa 90 Prozent anschwellen.

Diese Entwicklung gefährdet das langfristige Wachstum im Euroraum, da die Zinsen für Staatsanleihen aufgrund der hohen Neuverschuldung in einzelnen Staaten steigen könnten. Der damit erhöhte Schuldendienst führt zu einem weiteren Anschwellen des Schuldenstands. Besonders drastisch stellt sich die Lage der öffentlichen Haushalte in Griechenland, Irland und Spanien dar.

Insgesamt dürfte die Wirtschaft im Euroraum nach einer Schrumpfung um rund vier Prozent im Jahr 2009 in diesem Jahr wieder leicht mit etwa einem Prozent zulegen. Für 2011 wird in der hier vorgelegten Prognose ein Wachstum von 1,7 Prozent erwartet.

Großbritannien

Im Vereinigten Königreich ist die Wirtschaftslage durch die schwache Inlandsnachfrage geprägt; im dritten Quartal 2009 ging das reale Bruttoinlandsprodukt hauptsächlich durch die weiterhin fallende Investitionstätigkeit um 0,3 Prozent gegenüber der Vorperiode zurück. Zuletzt zeich-

neten sich wieder leicht positive Wachstumsraten ab. Die wirtschaftliche Aktivität wird jedoch vor allem durch temporäre Faktoren wie hohe Staatsausgaben und die Auffüllung der Lager gestützt. Darüber hinaus deutet die Erholung bei der Exporttätigkeit auf ein Ende der Rezession hin. Diese positive Entwicklung wird durch die deutliche Abwertung des Pfunds und die damit einhergehende Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit begünstigt.

Allerdings wird die Binnennachfrage erst 2011 wieder moderat anziehen. Seit Ausbruch der Krise ist die Arbeitslosigkeit wesentlich schneller gestiegen als in den meisten anderen großen Volkswirtschaften Europas. Im Prognosezeitraum dürfte die Arbeitslosenquote weiter steigen – auf knapp neun Prozent. Angesichts der Anspannung auf dem Arbeitsmarkt wird das Lohnwachstum voraussichtlich nur sehr schwach ausfallen und den privaten Verbrauch bremsen. Die Sparquote der privaten Haushalte hat sich inzwischen auf rund fünf Prozent verdoppelt und dürfte im weiteren Verlauf noch zulegen. Dafür sind in erster Linie die Rückschläge auf den Vermögensmärkten verantwortlich. Auch von den Investitionen ist vorerst kein merklicher Impuls zu erwarten. Trotz des moderaten Anstiegs bei den Hauspreisen seit dem Frühling 2009 ist die Situation auf dem Immobilienmarkt nach wie vor angespannt.

Die Inflationsrate wird durch die deutliche Abwertung des Pfunds nur leicht auf zwei Prozent fallen und damit über dem europäischen Durchschnitt liegen. Zudem wird die für Januar 2010 geplante Wiederanhebung der Mehrwertsteuer von 15 auf 17,5 Prozent preistreibend wirken. Von der weiterhin geringen Kapazitätsauslastung in Verbindung mit gesunkenen Lohnstückkosten gehen dagegen preisdämpfende Effekte aus.

Weitere Risiken für den moderaten Aufschwung in Großbritannien bestehen in der beträchtlichen Zunahme der Staatsschuld. Durch Budgetdefizite von über zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 und voraussichtlich sogar über 13 Prozent in diesem Jahr dürfte der Schuldenstand bis 2011 auf etwa 90 Prozent der Wirtschaftsleistung klettern. Die angekündigte Haushaltskonsolidierung ab 2010 wird zusätzlich einen bremsenden Effekt auf die Binnennachfrage entfalten.

Zusammenfassend ist für 2010 eine leichte Erholung mit einem Wachstum von knapp einem Prozent zu erwarten. 2011 dürften es 1,6 Prozent sein.

EU-Staaten Mittel- und Osteuropas

Die mittel- und osteuropäischen Staaten sind besonders hart von der Krise betroffen. Mit der Abschwächung der Güternachfrage vor allem im Euroraum sind die Exporte weggebrochen. Darüber hinaus haben vor allem im Baltikum Immobilienkrisen auf die Entwicklung gedrückt. Die Kapitalabflüsse aus den Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas fielen jedoch geringer aus als befürchtet. Zur Abwendung einer Zahlungsbilanzkrise mit entsprechenden realwirtschaftlichen Verwerfungen haben vor allem die Stützungsmaßnahmen internationaler Institutionen beigetragen.

Dennoch haben die meisten Länder einen drastischen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zu verkraften. Eine wichtige Ausnahme bildet Polen, hier konnte das Vorkrisenniveau der Produktion in etwa gehalten werden. Grund für den unerwartet starken Produktionseinbruch in vielen Ländern sind vor allem die vor der Krise angehäuften makroökonomischen Ungleichgewichte. So wurde die bis Ende 2007 andauernde Boomphase zu großen Teilen von einem massiven Anstieg des Kreditvolumens und einer damit stark gestiegenen privaten Auslandsverschuldung getragen.

Neben den Ausfuhren waren insbesondere die Investitionen der Unternehmen rückläufig. Auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte hat sich aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit merklich abgekühlt, angesichts künftiger Reformen im Bereich der sozialen Sicherung sind hier auch zunächst keine weiteren Impulse zu erwarten. Im Prognosezeitraum dürfte zwar die massive Abwertung der Währungen der wichtigsten Länder die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Jedoch erhöht sich die reale Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen, weil deren Kredite oftmals in Euro denominiert sind.

Der Wirtschaftspolitik bleibt dabei wenig Raum, stützend auf die Entwicklung einzuwirken. So

orientiert sich die Fiskalpolitik an den Verschuldungskriterien des Maastricht-Vertrages, um einen möglichst raschen Beitritt zum Euroraum zu gewährleisten. In einigen Ländern werden inzwischen Defizitquoten erreicht, die unter dem Durchschnitt im Euroraum von sechs Prozent liegen. Allerdings ist man noch weit von den Maastricht-Kriterien entfernt.

Im Zuge der leichten Erholung der Weltwirtschaft und insbesondere des Euroraums verbessert sich allmählich auch die Konjunktur in Mittel- und Osteuropa. Davon profitieren in erster Linie Polen, Tschechien und Ungarn. Dagegen werden die baltischen Länder voraussichtlich bis in das laufende Jahr hinein negative Raten schreiben.

GUS-Länder

Auch in den GUS-Staaten ist es zu erheblichen Einbrüchen der Wirtschaftsleistung gekommen. Der Rückgang der weltweiten Nachfrage hat zu sinkenden Rohstoffpreisen geführt, die die Krise verschärft haben. Dabei wurde einmal mehr deutlich, dass die wirtschaftliche Entwicklung in einigen Ländern einseitig von den Einnahmen aus den Rohstoffexporten bestimmt wird. Hingegen wurde der Ausbau wettbewerbsfähiger Industrien, mit denen man eine stärkere Unabhängigkeit von den Rohstoffmärkten erreichen könnte, nur schleppend vorangetrieben. Russland hat als Schwergewicht der Region eine Abnahme der Produktion um acht Prozent zu verkraften. Der Absturz war in der ersten Hälfte des Jahres 2009 besonders massiv, seither hat sich die Talfahrt verlangsamt. Erschwerte Kreditbedingungen haben zu einem drastischen Einbruch der Investitionen geführt. Der Rubel hat gegenüber dem Euro seit dem Ausbruch der Krise fast 30 Prozent seines Wertes verloren. Die immer noch hohe Inflation und der schwache Arbeitsmarkt haben zu rückläufigem Konsum beigetragen. Russland kann frühestens ab dem Jahresende 2010 wieder leicht positive Wachstumsraten erwarten.

Deutschland: Robuster Konjunkturverlauf kein Anlass zur Euphorie

Die deutsche Volkswirtschaft hat seit dem zweiten Quartal 2009 gut ein Fünftel des vorangegangenen Produktionsausfalls aufgeholt. Insgesamt lag die Wirtschaftsleistung des Jahres 2009 damit aber immer noch 4,8 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Das recht kräftige Expansionstempo in den Sommer- und Herbstmonaten dürfte aber im Verlauf des Jahres 2009 kaum anhalten, da die zwischenzeitliche Wachstumsbeschleunigung vor allem durch Lagerauffüllereffekte im In- und Ausland bewirkt wurde. Für 2010 wird ein Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent prognostiziert (Tabelle 2). Dieser recht hohe Wert überzeichnet indes die unterjährige Wachstumsdynamik, ist doch fast die Hälfte des Zuwachses im Jahresvergleich auf den statistischen Überhang aus dem Vorjahr zurückzuführen (Abbildung 6). Die für 2011 erwartete Wachstumsrate von 1,8 Prozent ist daher nicht als leichte Abschwächung der Dynamik zu interpretieren, sondern als Festigung des Wachstumspfades. Am Ende des hier prognostizierten Zeitraums reicht die Wirtschaftsleistung an das Niveau zur Mitte des Jahres 2008 heran.

Mit zwei Prozentpunkten dominiert der heimische Wachstumsbeitrag, der sich etwa zu gleichen Teilen auf private Verbrauchsausgaben, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderungen

stützt (Tabelle 3). 2011 sind die binnen- und außenwirtschaftlichen Auftriebskräfte fast gleich stark. Die stärkere Ausfuhrdynamik geht einher mit dämpfenden Effekten in Folge auslaufender staatlicher Stützungsmaßnahmen sowie wegfallender Schubkräfte aus dem Lageraufbau.

Die kontinuierliche Zunahme der geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen sowie das Wiederanziehen der Arbeitsproduktivität drücken auf die Beschäftigtenzahl (Abbildung 7). Das Auslaufen der nur einmalig wirksamen Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung (Reduzierung von Überstunden, Abbau von Arbeitszeitkonten) und die kontinuierliche Rückführung der Kurzarbeit lassen die geleistete tägliche Arbeitszeit im Prognosezeitraum nach und nach wieder näher an das Vorkrisenniveau heranreichen (Abbildung 8): Die kumulierte Reduktion der Arbeitszeit in den Jahren 2008 und 2009 um 3,6 Prozent wird bis zum Ende des Jahres 2011 zu zwei Dritteln zurückgeführt sein (Kasten).

Neben der massiven Arbeitszeitverkürzung hat auch die rückläufige Arbeitsproduktivität während der Rezessionsquartale maßgeblich dazu beigetragen, dass die Produktionseinbrüche bislang nur sehr schwach auf die Beschäftigtenzahl durchschlugen. Etwa ein Drittel des Produktivi-

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	3,2	2,5	1,3	-4,8	2,1	1,8
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	39 074	39 724	40 278	40 260	39 915	39 653
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	4 250	3 602	3 141	3 264	3 678	3 964
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 487	3 777	3 268	3 431	3 802	4 077
Erwerbslosenquote ² , ILO (in Prozent)	9,8	8,3	7,2	7,5	8,4	9,1
Arbeitslosenquote ² , BA (in Prozent)	10,8	9,0	7,8	8,2	9,0	9,7
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,6	2,3	2,6	0,3	1,2	1,0
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-1,6	0,1	2,2	5,4	-0,6	0,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-38,1	4,7	1,0	-78,4	-127,5	-113,1
In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-1,6	0,2	0,0	-3,3	-5,1	-4,4
Leistungsbilanzsaldo (in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	6,5	7,9	6,7	4,4	4,5	5,7

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise auf die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

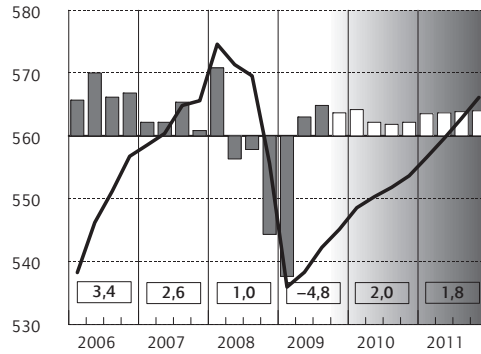
Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin, 2009 bis 2011: Prognose des DIW Berlin.

Abbildung 6

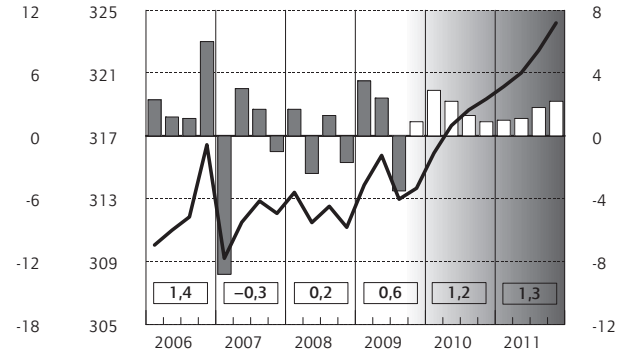
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

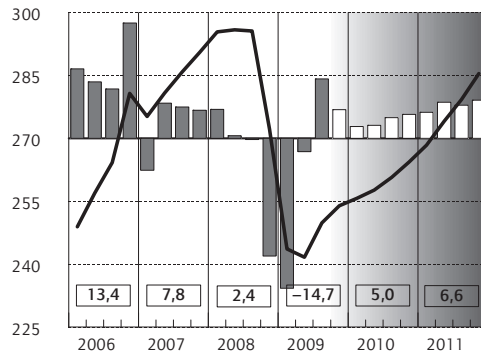
Bruttoinlandsprodukt



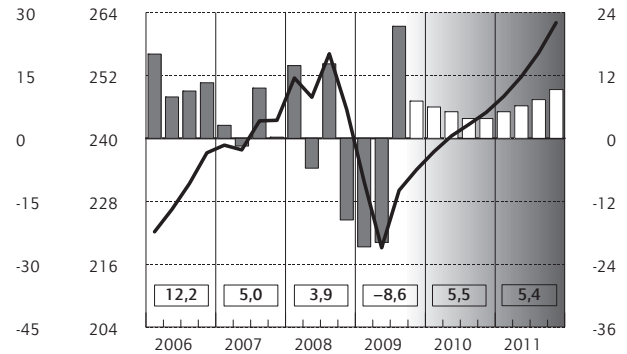
Konsumausgaben der privaten Haushalte



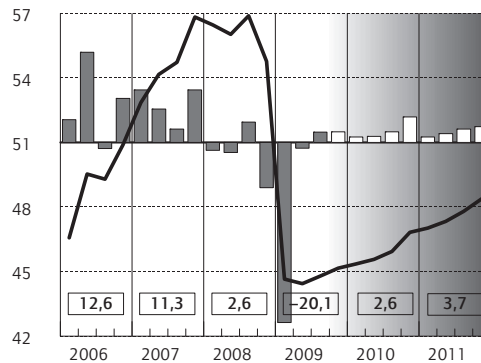
Exporte



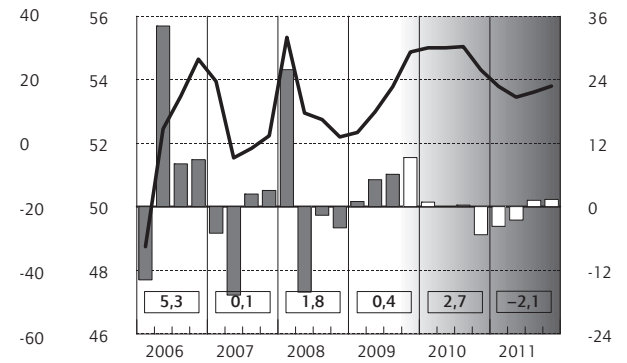
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veranderung gegenüber dem Vorquartal¹ in Prozent (rechte Skala)
 □ Kalendereinigte Veranderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

¹ Auf Jahresraten hochgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

tatsruckgangs von 1,5 Prozent im Jahr 2009 lässt sich auf strukturelle Umschichtungen weg von hochproduktiven Industriearbeitsplatzen hin zu weniger produktiven Aktivitäten erklären. Der Rest stellt hingegenommene innerbetriebliche Arbeitslosigkeit dar. Diese Produktivitatsreserve

wurde mit dem Wiederanstieg der Produktion ab dem Frühjahr 2009 teilweise wieder gehoben. Etwa zur Mitte des Prognosezeitraums dürfte das Vorkrisenniveau der Arbeitsproduktivität wieder erreicht sein. Diese wird danach mit einer jährlichen Rate von gut einem Prozent expandieren.

Tabelle 3

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts¹

In Prozentpunkten

	2008	2009	2010	2011
Konsum	0,6	0,7	1,1	1,1
Privater Verbrauch	0,2	0,3	0,7	0,8
Staatsverbrauch	0,4	0,4	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	-1,6	0,4	0,0
Ausrüstungen	0,3	-1,7	0,2	0,3
Bauten	0,2	0,0	0,3	-0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Lagerveränderungen	0,5	-0,6	0,5	-0,1
Inlandsnachfrage	1,5	-1,5	2,0	1,0
Außenhandel	-0,4	-3,4	0,0	0,7
Ausfuhr	1,3	-6,9	2,2	2,7
Einfuhr	-1,7	3,4	-2,1	-2,0
Bruttoinlandsprodukt²	1,3	-4,8	2,1	1,8

¹ In Preisen des Vorjahres; Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

² Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2010 und 2011: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Für den Arbeitsmarkt bedeutet das künftig höhere Arbeitslosenzahlen. Angesichts des kräftig abgesenkten Produktionspfades ist der Anstieg 2010 um gut 400 000 und knapp 300 000 im Jahr 2011 aber vergleichsweise glimpflich: Vom Beginn der Rezession bis zum Ende des Prognosezeitraums dürften etwa 700 000 Arbeitsplätze wegfallen. Bei durchschnittlicher Produktivitätsentwicklung und ohne die Entlastungseffekte der Arbeitszeitverkürzung wäre der Arbeitsplatzverlust rein rechnerisch dreimal so hoch ausgefallen.

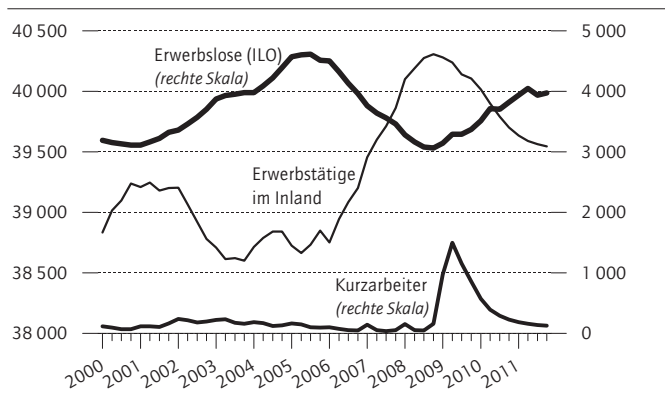
Außenhandel

Im dritten Quartal konnten die gesamten Exporte mit reichlich drei Prozent gegenüber dem Vorquartal kräftig zulegen. Getrieben wurde diese Entwicklung durch den Warenexport, der um fast fünf Prozent zunahm. Die Dynamik bei den Ausfuhren ist in erster Linie einem Anstieg der Exporttätigkeit in die Länder der EU zu verdanken. Die Ausfuhren in außereuropäische Länder entwickelten sich nach einem Zwischenhoch zur Jahresmitte zuletzt wieder schwach. Sowohl die Exporte in die USA als auch in die OPEC-Länder sanken seit Ausbruch der Wirtschaftskrise fast kontinuierlich. Für den zeitweiligen Anstieg waren asiatische Länder verantwortlich. Die schwache Nachfrage aus den OPEC-Staaten ist in erster Linie durch gesunkene Einnahmen aus dem Rohstoffverkauf bedingt. Im Geschäft mit den USA hat unter anderem der schwache Dollarkurs

Abbildung 7

Erwerbstätige, Erwerbslose und Kurzarbeiter

In Tausend Personen¹



¹ Saisonbereinigter Verlauf.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

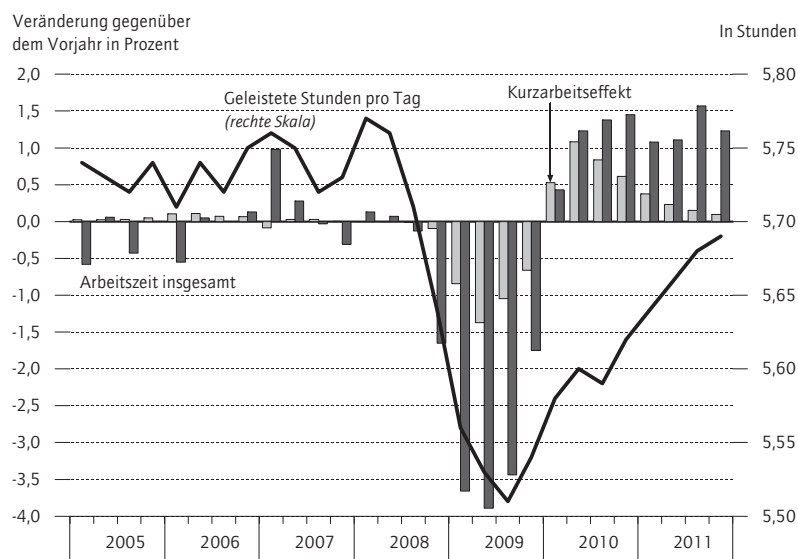
DIW Berlin 2010

dämpfend gewirkt. Auch die im Prognosezeitraum anziehenden Exporte nach Asien werden durch die Dollarschwäche belastet. Die Zunahme der Ausfuhren in die EU war zum einen durch eine Wiederaufstockung der Lager, zum anderen durch die Wirkung der verschiedenen nationalen Konjunkturprogramme bedingt.

Diese beiden Effekte sind jedoch nicht von Dauer. So sanken die Auftragseingänge aus dem Euroraum im Oktober nach vorherigen kräftigen Zuwächsen wieder um 5,5 Prozent. Dieser Rückgang betraf sowohl Investitions- als auch

Abbildung 8

Arbeitszeitentwicklung



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Vorleistungsgüter, die bereits den zweiten Monat in Folge zurückgingen. Die Bestellungen von Konsumgütern legten hingegen kräftig zu. Im weniger schwankungsanfälligen Zweimonatsver-

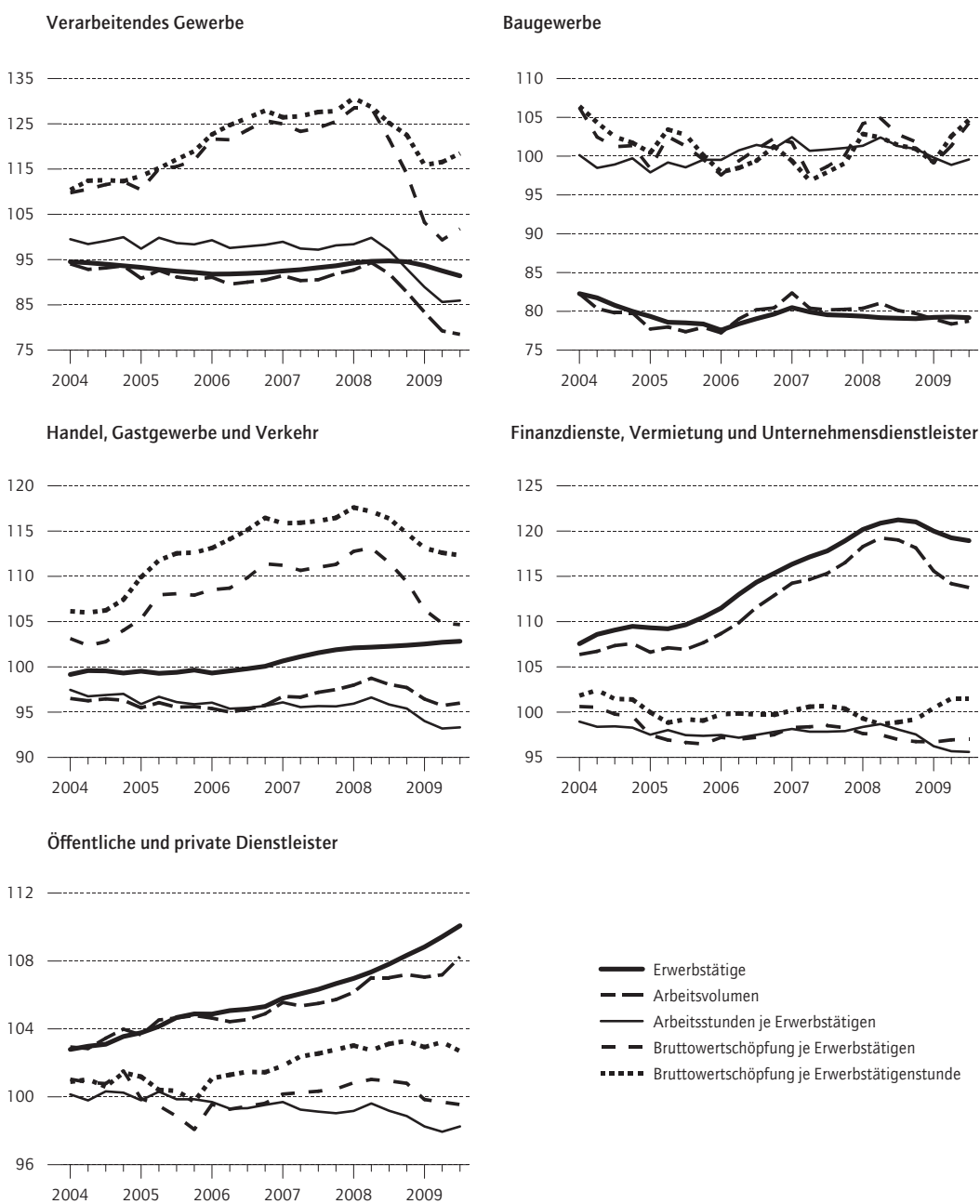
gleich stiegen die Auftragseingänge insgesamt um knapp fünf Prozent. Dies spricht zwar für eine Verlangsamung der Dynamik im vierten Quartal, das Wachstum ist aber immer noch kräftig.

Sektorale Beschäftigungsentwicklung uneinheitlich

Abbildung

Erwerbstätigkeit und Produktivität nach Sektoren

Index 2000 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Wichtig für die weitere Entwicklung der Exporte ist die Investitionstätigkeit in den importierenden Ländern, da Investitionsgüter gut die Hälfte der deutschen Ausfuhr ausmachen. Durch die weiter-

hin niedrige Kapazitätsauslastung ist 2010 nicht mit vermehrten Erweiterungsinvestitionen zu rechnen. Im Zuge des letzten Investitionsbooms hat sich der Maschinenbestand in vielen Ländern

Die Krise hat den Arbeitsmarkt – gemessen an der Zahl der Beschäftigten und auch der Arbeitslosen – bisher nur wenig berührt. Dies gilt aber nur insgesamt und nicht für alle Branchen gleichermaßen. Vielmehr zeigt sich ein sehr heterogenes Bild (Abbildung). So sind im *Verarbeitenden Gewerbe* seit dem dritten Quartal 2008 fünf Prozent der Arbeitsplätze abgebaut worden. Viel stärker ist dort allerdings das Arbeitsvolumen gesunken. Der Beschäftigtenabbau wäre also noch viel kräftiger ausgefallen, wenn nicht die Arbeitszeit erheblich – etwa durch den Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten sowie durch Kurzarbeit – reduziert worden wäre. Noch deutlicher nahm die Leistung pro Arbeitsstunde ab. Die Unternehmen haben also nicht nur durch Arbeitszeitverkürzung Personal gehalten, sondern vielfach auch eine sinkende Produktivität ihrer Beschäftigten hingenommen, ohne darauf mit Entlassungen zu reagieren. Dieses Muster unterscheidet sich vom Abschwung der vorhergehender Zyklen.

Mit Blick auf die Erwerbstätigenzahl zeigt sich im Sektor *Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen* ein ähnliches Bild wie im verarbeitenden Gewerbe; auch hier kaum es ab dem dritten Quartal 2008 zu einem Rückgang, der sich zuletzt aber etwas abschwächte. Ebenfalls sank die individuelle Arbeitszeit, sodass der Personalabbau in Grenzen gehalten wurde. Die Pro-Kopf-Produktivität blieb aber gleich – und die Stundenproduktivität wuchs sogar. Hier haben die Unternehmen also keine sinkende Produktivität hingenommen, um Personal zu halten. Für die Entwicklung in diesem Wirtschaftsbereich hat der Einbruch bei der Leiharbeit eine große Rolle gespielt.

Im Wirtschaftsbereich *Handel, Gastgewerbe, Verkehr* hat indes die Zahl der Beschäftigten zugenommen. Das ging einher mit einem zeitweilig sinkenden Arbeitsvolumen, sodass die Arbeitszeit je Erwerbstätigen abnahm. Seit Sommer letzten Jahres geht das Arbeitsvolumen aber nicht mehr zurück. Noch stärker sank die Produktivität.

Fast überhaupt keine Auswirkungen der Krise hat die Bauwirtschaft gespürt. Die Zahl der Beschäftigten stagnierte; das Arbeitsvolumen ging kaum zurück – ebenso die Pro-Kopf-Arbeitsleistung. Die Produktivität zog seit Anfang letzten Jahres an – unter erheblichen wohl auch saisonbedingten Schwankungen, die in der Branche üblich sind.¹ Bis zum Herbst sah man aber auch keine Auswirkungen der Konjunkturprogramme auf die Branche.

Völlig entgegen der allgemeinen Entwicklung verlief die Beschäftigung im Wirtschaftsbereich *Öffentliche und private Dienste*, zu dem die öffentliche Verwaltung, das Gesundheits- und das Sozialwesen, kulturelle Dienste, Kirchen und Verbände oder die Abfallwirtschaft zählen. Hier stieg die Zahl der Beschäftigten kräftig an, das Arbeitsvolumen weniger stark. Folglich sank die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Das hat aber nichts mit der Krise zu tun, sondern ist ein langfristiger Trend in diesem Sektor. Die Produktivität je Stunde stagnierte.

Die hier geschilderten Sachverhalte geben nur einen groben Überblick. Ausgeblendet bleiben die Entwicklungen innerhalb der genannten Wirtschaftsbereiche, weil keine aktuellen Daten zur Verfügung stehen. Bei tieferer Gliederung dürften sich zum Teil sehr unterschiedliche Verläufe bei Beschäftigung, Arbeitszeit und Produktivität zeigen. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes sind jene Industriezweige kaum von der Krise tangiert, die auf den privaten Konsum im Inland ausgerichtet sind; stark betroffen sind hingegen Branchen, die von der Auslandsnachfrage abhängen. Und bei den Dienstleistungen macht sich die Krise vor allem bei jenen Aktivitäten bemerkbar, die mit der Industrie verbunden sind – wie die Leiharbeit oder die Logistikbranche.²

In welchem Maße durch Verringerungen bei der Arbeitszeit sowie durch hingenommene Produktivitätseinbußen Entlassungen vermieden wurden, kann anhand von Modellrechnungen umrissen werden. Dabei wird zum einen ermittelt, wie sich bei einer unveränderten Stundenproduktivität die Zahl der Erwerbstätigen entwickelt hätte. Zum anderen wird angenommen, dass die durchschnittliche Arbeitszeit je Beschäftigten unverändert geblieben wäre. Tatsächlich ist es freilich üblich, dass bei einem Produktionseinbruch Überstunden und Guthaben auf Arbeitszeitkonten abgebaut werden und Kurzarbeit eingeführt wird. Verglichen werden die jüngsten amtlichen Daten (drittes Quartal 2009) mit dem letzten Vorkrisenquartal (erstes Quartal 2008) und mit dem vierten Quartal 2008, in dem erstmals die Beschäftigung abnahm.

Nach dieser Modellrechnung hätte die Zahl der Erwerbstätigen von Anfang 2008 bis Herbst 2009 um etwa 2,6 Millionen zurückgehen müssen – tatsächlich stieg sie aber leicht (Tabelle). Vor allem haben die Arbeitszeitverkürzungen Wirkungen gezeigt – ohne sie wäre die Beschäftigung um 1,6 Millionen gesunken. Ein Personal-

verjüngt, sodass auch Ersatzinvestitionen weniger dringlich sind. Ebenfalls dämpfend dürften die auslaufenden Abwrackprogramme für Altfahrzeuge in anderen Ländern wirken.

Insgesamt ist für 2010 mit einer eher schwachen Entwicklung der Exporte zu rechnen. Deutschland dürfte nicht in gewohntem Maße von der Erholung des Welthandels profitieren – die Dy-

abbau im Umfang von knapp 1,1 Millionen wurde durch den Rückgang der Produktivität vermieden. Beide Faktoren waren vor allem im verarbeitenden Gewerbe von Bedeutung; ohne diese Effekte wäre die Zahl der Erwerbstätigen um ein Viertel gesunken. In abgeschwächter Form gilt dies auch für den Sektor Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Bei den Unternehmensdienstleistern hat die Arbeitszeitverkürzung nicht ganz ausgereicht, um die Beschäftigungsverluste, die mit einer anziehenden Produktivität einhergingen, auszugleichen. Bei dem kürzeren Betrachtungszeitraum – seit Ende 2008 – zeigt sich ein ähnliches Bild, wenngleich die beiden Faktoren nicht ganz so stark wirken.

In manchen Wirtschaftsbereichen hat sich ein deutlicher Produktivitätsabfall gezeigt. Offen ist, ob dieser Befund in erster Linie auf innerbetriebliche Effizienzverluste zurückzuführen ist oder ob vielmehr Strukturverschiebungen zwischen einzelnen Branchen und Unternehmen das Ergebnis bestimmen.

- 1 Bei der Analyse wurden zwar saisonbereinigte Daten verwendet, aber die einschlägigen Saisonbereinigungsverfahren sind nicht in der Lage, starke witterungsbedingte Schwankungen bei der Produktion und somit bei der Produktivität zu berücksichtigen.
- 2 Zur konjunkturellen Entwicklung in der deutschen Logistikwirtschaft siehe www.diw.de/Logistikindikator.

Tatsächliche Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen¹ und Modellrechnungen über ihre Veränderung bei unveränderter Arbeitszeit und Stundenproduktivität

	Insgesamt	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
3. Quartal 2009 gegenüber 1. Quartal 2008						
In 1 000 Personen						
Tatsächliche Zahl der Erwerbstätigen	117	-230	-5	73	-72	351
Entwicklung bei unveränderter Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-1 620	-965	-38	-274	-196	-112
Entwicklung bei unveränderter Stundenproduktivität insgesamt	-1 088	-716	39	-451	153	-39
insgesamt	-2 592	-1 912	-5	-652	-114	200
In Prozent						
Tatsächliche Zahl der Erwerbstätigen	0,3	-3,0	-0,2	0,7	-1,0	2,9
Entwicklung bei unveränderter Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-4,0	-12,6	-1,7	-2,7	-2,8	-0,9
Entwicklung bei unveränderter Stundenproduktivität insgesamt	-2,7	-9,4	1,8	-4,5	2,2	-0,3
insgesamt	-6,5	-25,0	-0,2	-6,5	-1,6	1,7
3. Quartal 2009 gegenüber 4. Quartal 2008						
In 1 000 Personen						
Tatsächliche Zahl der Erwerbstätigen	-129	-252	3	44	-121	196
Entwicklung bei unveränderter Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-1 034	-536	-29	-213	-138	-75
Entwicklung bei unveränderter Stundenproduktivität insgesamt	-260	-255	81	-213	162	-71
insgesamt	-1 423	-1 043	55	-382	-97	51
In Prozent						
Tatsächliche Zahl der Erwerbstätigen	-0,3	-3,5	0,2	0,5	-1,7	1,6
Entwicklung bei unveränderter Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-2,6	-7,5	-1,3	-2,2	-2,0	-0,6
Entwicklung bei unveränderter Stundenproduktivität insgesamt	-0,7	-3,6	3,7	-2,2	2,3	-0,6
insgesamt	-3,6	-14,6	2,6	-3,9	-1,4	0,4

1 Saisonbereinigte Werte nach BV4.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

namik der Exporte wird bis Ende 2010 schwächer sein als die des Welthandels. Erst 2011 dürfte eine Normalisierung eintreten und die deutsche Ausfuhr wieder im Gleichklang mit dem Welthandel expandieren. Die Preisentwicklung für Ausfuhr-güter bleibt mit 0,3 Prozent (2010) und 0,6 Prozent (2011) moderat.

Nach dem Rückgang der Importe 2009 um 8,4 Prozent ist für 2010 und 2011 mit einem Anstieg um jeweils 5½ Prozent zu rechnen. Bei stabiler Entwicklung der Preise für Energie- und andere Rohstoffimporte dürften sich die Einfuhrpreise im Prognosezeitraum weiter ermäßigen (Rückgang um 0,6 und 1,2 Prozent in den Jahren 2010 und 2011).

Investitionen

Nach dem scharfen Einbruch der Investitionstätigkeit Anfang 2009 wuchsen die Ausrüstungs-investitionen im dritten Quartal wieder leicht. Die Auftragseingänge signalisieren aber noch keine eindeutige Trendwende. So erholten sich die Bestellungen für Investitionsgüter von ihrem Tiefstand im Frühjahr bis zum Sommer um fast 20 Prozent. Seitdem sinken sie aber wieder. Der zwischenzeitliche Anstieg dürfte zu großen Teilen durch Sonderfaktoren bedingt sein, wie zum Beispiel die Bestellung von militärischem Gerät seitens des Bundes.

In den letzten zwei Jahren stieg der Anteil der Ausrüstungen und sonstigen Anlagen mit einem Alter von bis zu fünf Jahren am gesamten Bestand um fünf Prozentpunkte, nachdem er in den Jahren zuvor konstant geblieben war. Die Verjüngung des deutschen Maschinenparks macht Ersatzinvestitionen in den nächsten Jahren weniger dringlich. Gepaart mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation, in der sich viele Unternehmen befinden, dürfte dies zu einer eher zurückhalten-den Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren führen. Ebenfalls dämpfend wirkt die nach wie vor niedrige Kapazitätsauslastung in der Industrie. Im dritten Quartal lag die Kapazitätsauslastung gute zwölf Prozentpunkte unterhalb des langjährigen Durchschnitts. Bis zum Ende des Prognosezeitraums werden sich die Ausrüstungs-investitionen nur schwach entwickeln. Aufgrund von Vorzieheffekten (Wegfall der degressiven Abschreibung) dürfte die Investitionstätigkeit vorübergehend leicht anziehen.

Der recht stabile Verlauf der Wohnungsbauinvestitionen wurde nicht zuletzt durch die niedrigen Hypothekenzinsen und die robusten privaten Einkommen ermöglicht. Die Bestandsmaßnahmen,

die einen Großteil der Wohnungsbauinvestitionen ausmachen, wurden durch die zinsgünstigen Kredite für energetische Gebäudesanierung im Rahmen des ersten Konjunkturpakets gestützt. Insgesamt dürfte sich diese Entwicklung in den nächsten beiden Jahren fortsetzen. Im Wirtschafts-bau deuten die Auftragseingänge auf eine eher schwache Entwicklung hin.

Massiv stützend auf die gesamten Bauinvestitionen wirkt das zweite Konjunkturpaket, in dem insgesamt über 17 Milliarden Euro für öffentliche Baumaßnahmen bereitgestellt wurden. Ein Großteil dieser Maßnahmen dürfte im Jahr 2010 wirksam werden, was die Bauinvestitionen stimuliert. Mit Auslaufen der Maßnahmen im Jahr 2011 dürften dann die Bauinvestitionen insgesamt wieder schrumpfen.

Privater Verbrauch

Der private Verbrauch expandiert in diesem und im nächsten Jahr mit einer Rate von reichlich einem Prozent und stellt somit die wichtigste Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung dar. 2010 wird gut ein Drittel, 2011 fast die Hälfte der zusätzlichen Wirtschaftsleistung von den privaten Haushalten konsumtiv absorbiert. Dennoch geht der seit vier Jahren kräftigste Anstieg des privaten Verbrauchs mit einer im Prognosezeitraum weiter ansteigenden Sparquote einher (11,8 Prozent 2010 und 12 Prozent 2011). Die erhöhte Sparneigung ist Ausdruck verstärkter Unsicherheit, die vor allem durch die sich verschlechternde Lage am Arbeitsmarkt sowie die unklaren Aussichten hinsichtlich des zukünftigen finanzpolitischen Kurses hervorgerufen wird.

Die Zuwächse bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (2,9 Prozent 2010 und 2,5 Prozent 2011) spiegeln vor allem die Expansion der Masseneinkommen (Lohneinkommen und staatliche Transferleistungen) wider, während die Entwicklung bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zunächst noch verhalten bleibt. Innerhalb der Masseneinkommen trägt vor allem der Zuwachs der staatlichen Transfers zum Aufwuchs bei (vier Prozent 2010 und zwei Prozent 2011). Hinsichtlich der effektiven Bruttostundenlöhne wird 2010 ein Anstieg um 0,9 und 2011 ein Zuwachs um 1,7 Prozent erwartet. Zusammen mit der wieder anziehenden geleisteten Arbeitszeit je Arbeitnehmer resultiert hieraus trotz der insgesamt rückläufigen Beschäftigtenzahl eine Expansion der Bruttolohnsumme um 1,4 (2010) und 2,3 (2011) Prozent. Die steuerlichen Entlastungsmaßnahmen lassen in diesem Jahr die Nettolöhne um 2,6 Prozent zunehmen.

Vor allem in der ersten Jahreshälfte 2010 ist daher mit recht kräftigen Zuwächsen beim privaten Konsum zu rechnen – so entspricht allein die zum Jahresbeginn in Kraft getretene Kindergelderhöhung in etwa dem Umfang der Abwrackprämie im letzten Jahr. 2011 bleiben die Nettoverdienste beim derzeitigen Gesetzesstand mit zwei Prozent wieder leicht hinter dem Zuwachs der Bruttolöhne zurück. Die den Haushalten zufließenden Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erholen sich nach und nach und dürften am Ende des Prognosezeitraums wieder das Vorkrisenniveau erreichen.

Aufgrund einer moderaten Inflationsentwicklung um ein Prozent steigt die Kaufkraft der privaten Haushalte in beiden Jahren um rund 1,5 Prozent,

von denen jeweils gut zwei Drittel als Nachfrageanstieg wirksam werden dürfte.

Öffentliche Finanzen

Trotz der inzwischen aufgehellten Konjunkturaussichten werden die staatlichen Haushalte in den kommenden Jahren mit Defiziten in bisher ungekannter Höhe rechnen müssen. Das Finanzierungsdefizit betrug im Jahr 2009 rund 80 Milliarden Euro und lag damit bei 3,3 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Die Finanzierungslücke wird weiter deutlich anschwellen. Für das Jahr 2010 dürfte sie bei 128 Milliarden Euro, für das Jahr 2011 bei 113 Milliarden Euro liegen. Die Defizitquoten erreichen

Tabelle 4

Nachfrageimpulse des Staates¹

(+) expansiv (–) kontraktiv im Vergleich zum Vorjahr

In Milliarden Euro

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ²	2010 ²	2011 ²
Steuern										
Tatsächliches Volumen	475,8	480,4	479,6	489,0	488,4	538,2	562,5	527,9	521,5	561,4
Neutralitätlinie	487,1	486,5	489,8	489,0	497,2	497,9	551,9	578,8	537,3	532,6
Differenz = Impulse	11,4	6,1	10,2	0,0	8,8	-40,3	-10,6	50,9	15,8	-28,7
Sozialbeiträge										
Tatsächliches Volumen	390,7	396,3	396,5	396,5	400,0	399,8	408,1	412,8	421,0	430,2
Neutralitätlinie	392,9	399,5	404,0	404,3	403,2	407,7	410,0	419,9	420,2	429,9
Differenz = Impulse	2,1	3,3	7,5	7,7	3,2	7,9	1,9	7,1	-0,8	-0,2
Sonstige Einnahmen										
Tatsächliches Volumen	82,0	80,9	77,5	86,0	123,3	122,8	117,1	119,0	111,7	94,4
Neutralitätlinie	84,6	83,8	82,4	79,0	87,5	125,7	125,9	120,5	121,1	114,1
Differenz = Impulse	2,6	3,0	5,0	-7,0	-35,8	2,9	8,8	1,4	9,5	19,7
Summe der Einnahmen										
Tatsächliches Volumen	948,5	957,5	953,6	971,5	1 011,7	1 060,8	1 087,6	1 059,8	1 054,2	1 085,9
Neutralitätlinie	964,6	969,8	976,3	972,2	987,9	1 031,3	1 087,7	1 119,2	1 078,7	1 076,6
Differenz = Impulse	16,1	12,3	22,7	0,7	-23,8	-29,6	0,1	59,4	24,5	-9,3
Käufe von Gütern und Diensten										
Tatsächliches Volumen	257,1	259,6	260,8	264,4	266,2	269,7	278,8	290,7	298,1	304,4
Neutralitätlinie	257,5	262,9	264,7	265,9	268,9	271,3	276,5	286,9	295,9	304,4
Differenz = Impulse	-0,5	-3,3	-3,9	-1,5	-2,7	-1,7	2,3	3,8	2,2	-0,1
Vermögenseinkommen (Zinsausgaben)										
Tatsächliches Volumen	62,7	64,3	62,4	62,6	65,5	67,3	67,1	66,2	71,8	73,2
Neutralitätlinie	66,0	64,1	65,6	63,6	63,7	66,8	69,0	69,0	67,4	73,3
Differenz = Impulse	-3,4	0,2	-3,2	-1,0	1,8	0,5	-1,9	-2,8	4,4	-0,1
Transfers und soziale Sachleistungen										
Tatsächliches Volumen	671,6	687,9	682,7	689,3	686,8	685,7	703,5	736,5	763,5	779,1
Neutralitätlinie	664,5	686,7	701,4	696,0	700,9	700,1	703,0	723,9	749,7	779,7
Differenz = Impulse	7,1	1,2	-18,8	-6,7	-14,1	-14,4	0,4	12,6	13,8	-0,6
Bruttoinvestitionen										
Tatsächliches Volumen	36,1	33,9	31,7	30,3	32,4	34,3	37,4	41,2	45,7	39,7
Neutralitätlinie	37,7	36,9	34,5	32,3	30,8	33,0	35,2	38,5	41,9	46,6
Differenz = Impulse	-1,7	-3,0	-2,8	-2,0	1,6	1,3	2,2	2,6	3,8	-6,9
Summe der Ausgaben										
Tatsächliches Volumen	1 027,4	1 045,7	1 037,6	1 046,6	1 050,9	1 056,9	1 086,8	1 134,6	1 179,1	1 196,4
Neutralitätlinie	1 025,8	1 050,6	1 066,2	1 057,8	1 064,2	1 071,2	1 083,7	1 118,3	1 154,8	1 204,1
Differenz = Impulse	1,7	-4,9	-28,7	-11,2	-13,4	-14,3	3,0	16,3	24,2	-7,7
Nachfrageimpulse insgesamt	17,8	7,4	-5,9	-10,5	-37,2	-43,8	3,1	75,7	48,7	-17,0

¹ Gemessen am mittelfristigen Trend des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Dieser wird als rückwärtiger gleitender Durchschnitt der Jahreswachstumsrate über fünf Jahre berechnet. Ohne Transaktionen mit der übrigen Welt.

² Schätzung des DIW Berlin.

Tabelle 5

Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo des Staates

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	Ausgaben	Einnahmen					Budgetsaldo
		Insgesamt	Darunter: Steuern ¹			Sozialbeiträge	
			Insgesamt	Direkte	Indirekte		
2001	47,6	44,7	22,6	10,9	11,7	18,2	-2,8
2002	48,1	44,4	22,3	10,6	11,7	18,2	-3,7
2003	48,5	44,5	22,3	10,4	11,8	18,3	-4,0
2004	47,1	43,3	21,8	10,0	11,8	17,9	-3,8
2005	46,8	43,5	22,0	10,2	11,8	17,7	-3,3
2006	45,4	43,7	22,8	10,8	12,1	17,2	-1,6
2007	43,7	43,9	23,7	11,2	12,6	16,5	0,2
2008	43,7	43,7	23,7	11,3	12,5	16,4	0,0
2009	47,2	44,0	23,3	10,7	12,6	17,1	-3,2
2010	47,6	42,5	22,1	9,8	12,3	16,9	-5,1
2011	46,9	42,5	22,2	10,0	12,2	16,8	-4,4

¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2009: Schätzung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

damit 5,1 und 4,4 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Ein wichtiger Verursacher der ausufernden Defizitentwicklung sind die fiskalischen Maßnahmen, mit denen der Staat die derzeitige konjunkturelle Krise zu bekämpfen sucht. Nimmt man auch die automatischen Stabilisatoren hinzu, so betragen die staatlichen Nachfrageimpulse – gemessen an der konjunkturbereinigten Wirtschaftsentwicklung – knapp 76 Milliarden Euro im Jahr 2009 und knapp 50 Milliarden Euro im Jahr 2010 (Tabelle 4). Der Hauptimpuls kam 2009 von Steuermindereinnahmen, während sich 2010 Einnahme- und Ausgabewirkungen die Waage halten. Die Abgabenausfälle sowie der Anstieg der monetären Sozialleistungen dürften sich 2010 zusammen nochmals um 15 Milliarden Euro erhöhen. Zwar laufen die Konjunkturstützungsmaßnahmen 2011 aus, von einem Konsolidierungskurs kann jedoch nicht die Rede sein, zumal weitere Steuererleichterungen angekündigt wurden.

Die Steuereinnahmen werden 2010 um 2,3 Prozent zurückgehen, nach fünf Prozent im Jahr 2009. Während die Produktions- und Importabgaben aufgrund des stabilen Konsumverlaufs sogar leicht steigen, sackt das Aufkommen aus Einkommen- und Vermögensteuern um sechs Prozent ab. Dies liegt zum einen an der äußerst schlechten Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, zum anderen sorgen vielfältige Rechtsänderungen für Steuerentlastungen, die nicht zuletzt zu geringeren Lohnsteuereinnahmen führen. So mindert ab 2010 die volle Anrechenbarkeit privater Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei der Einkommensteuer das Aufkommen um zunächst acht Milliarden Euro

– mit steigender Tendenz in den nächsten Jahren. Außerdem schlagen wesentliche Bestandteile der Konjunkturpakete erst mit Beginn des Jahres 2010 bei den Steuern zu Buche: Hierzu zählen unter anderem die temporäre Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter bis 2010, die Anhebung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes, die Anhebung des Grundfreibetrages sowie die Absenkung der Eingangstarife bei der Einkommensteuer. Nicht zuletzt drückt das *Wachstumsbeschleunigungsgesetz* ab 2010 auf die veranlagte Einkommensteuer und die Lohnsteuer. Deren Kassenaufkommen ist bereits 2009 um 3,7 Prozent gesunken. Dieser Rückgang dürfte sich 2010 mit knapp sieben Prozent deutlich verstärkt fortsetzen, wobei die Erhöhung des Kindergeldes die schlechte kassenmäßige Entwicklung noch forciert, da in deren Abgrenzung das Kindergeld vom Bruttoaufkommen der Lohnsteuer abgezogen wird. Das kassenmäßige Steueraufkommen dürfte 2010 bei rund 513 Milliarden Euro und damit um rund zwei Prozent unter dem Steueraufkommen des Jahres 2009 liegen. Für 2011 wird ein leichter Anstieg auf rund 534 Milliarden Euro erwartet. Das Aufkommen aus direkten Steuern gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt sinkt damit um 0,9 Prozentpunkte auf 9,8 Prozent (Tabelle 5). Die Steuerquote dürfte im Jahr 2010 bei 22,1 Prozent liegen, nach 23,3 Prozent im Jahr 2009.

Die Sozialversicherungen profitieren bisher von der relativ stabilen Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Beiträge dürften vor allem aufgrund der Lohnentwicklung trotz sinkender Beschäftigungszahlen 2010 um rund zwei Prozent steigen. 2011 könnte dieser Anstieg etwas höher ausfallen, weil der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung an

gehoben wird. Er reicht damit jedoch immer noch nicht zur Finanzierung aus. Insgesamt dürften die Sozialkassen 2010 ein Defizit von rund 13 Milliarden Euro aufweisen, für das Jahr 2011 ist ein Minus in gleicher Größenordnung zu erwarten.

Die staatlichen Sozialleistungen werden 2010 abermals deutlich zunehmen. Die Ausgaben für Arbeitslosengeld I und II werden aufgrund der ungünstigeren Beschäftigungssituation um rund zehn Milliarden Euro auf 53,5 Milliarden Euro steigen. Hierbei schlägt sich auch nieder, dass zunehmend höher qualifizierte – und damit besser bezahlte – Arbeitskräfte freigesetzt werden, was zu höheren Pro-Kopf-Zahlungen beim Arbeitslosengeld im ersten Jahr der Arbeitslosigkeit führt. Die Renten werden wegen der letztjährigen Erhöhung sowie der Zunahme der Rentnerzahl moderat steigen. Alles in allem werden die monetären Sozialleistungen 2010 um 4,3 Prozent höher sein als 2009. 2011 dürfte sich der Anstieg abflachen.

Neben den Sozialausgaben schlagen auf der Ausgabenseite vor allem die Erhöhung der staatlichen Zinsausgaben und die mit den beiden Konjunk-

turpaketen verbundenen Investitionsausgaben zu Buche. Während das erste Konjunkturpaket gering bemessen war, fällt das zweite Paket mit knapp 50 Milliarden Euro deutlich größer aus. So tätigt der Bund bis zum Jahresende 2010 Investitionen in Höhe von vier Milliarden Euro und stellt für Investitionen der Länder und Gemeinden zehn Milliarden Euro bereit. Diese müssen bei den Investitionen einen Eigenanteil von 25 Prozent aufbringen. Gegen Ende 2009 wurde deutlich, dass das Ziel, die Hälfte der Mittel bereits im Jahr 2009 zu investieren, nicht eingehalten werden konnte. Der größte Teil der Mittel wird erst 2010 produktionswirksam werden. Damit steigen 2010 die Investitionsausgaben des Staates – nach 9,9 Prozent im Jahr 2009 – um rund elf Prozent. Im Jahr 2011 dürfte dann das Investitionsvolumen zwar deutlich zurückgehen, aber immer noch beträchtlich über dem Niveau des Jahres 2008 liegen.

Zwar hat der Staat im Zuge der Konjunkturkrise massiv Schulden aufgenommen, wodurch die Zinszahlungen 2010 um rund acht Prozent steigen. Aufgrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus ist dieser Zuwachs aber relativ moderat.

Geldpolitik: Schrittweiser Ausstieg aus den unkonventionellen Maßnahmen

Aufgrund der extrem expansiven Geldpolitik, sowohl im Euroraum als auch in den USA, hat sich die Lage an den Geld- und Kapitalmärkten weitgehend beruhigt. Die Liquiditätssituation der Geschäftsbanken in Deutschland und auch im gesamten Euroraum ist derzeit als außerordentlich gut einzustufen und mehrere Indikatoren deuten darauf hin, dass sich sogar eine Liquiditätssättigung eingestellt hat. Im Einjahrestender der EZB wurden im Juni noch 442 Milliarden Euro an die Banken ausgezahlt – mehr als jemals zuvor. Im September sank das Zuteilungsvolumen der Refinanzierungsgeschäfte mit zwölfmonatiger Laufzeit auf 75 Milliarden Euro, im Dezember waren es 97 Milliarden Euro.

Angesichts der Konjunkturerholung stellt sich die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt und der richtigen Vorgehensweise für einen Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik. Anders als die Federal Reserve Bank hat die EZB bereits erste Beschlüsse für eine graduelle Rückführung der expansiven geldpolitischen Maßnahmen bekanntgegeben. So verschärfte sie Ende November die Sicherheitsanforderungen bei Repo-Geschäften mit besicherten Anleihen. Zudem kündigte die EZB ein Auslaufen der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte an und beschloss, den letzten Jahrestender im Dezember nicht mehr in Form eines festverzinslichen Tenders mit vollständiger Zuteilung, sondern wieder zu einem variablen Zinssatz zu vergeben.

Sowohl im Euroraum als auch in den USA ist die Zentralbankgeldmenge M_0 seit dem vierten Quartal 2008 sprunghaft gestiegen, um über 20 Prozent im Euroraum, um 67 Prozent in den USA. Dagegen stellt sich die Entwicklung der Geldmengen, die für die Einschätzung der längerfristigen Inflationsentwicklung herangezogen werden, deutlich anders dar. Das Aggregat M_3 lag im Euroraum zuletzt zwei Prozent über dem Vorjahreswert – mit rückläufiger Tendenz. In den USA ist das Aggregat M_2 im selben Zeitraum um sechs Prozent gestiegen. Diese Entwicklung impliziert einen drastischen Überhang des Geldschöpfungspotentials über die tatsächliche Geldmengenentwicklung (Abbildung 9). Im Euroraum liegt dieser Überhang derzeit rund 20 Prozent und in den USA sogar um rund 50 Prozent unter dem Vorkrisenniveau, wenn man einen konstanten Geldschöpfungsmultiplikator zugrundelegt. Um aus dieser Entwicklung eine Aussage über das Inflationsrisiko treffen zu können, ist es ent-

scheidend zu wissen, wie die zusätzliche monetäre Basis verwendet wird.

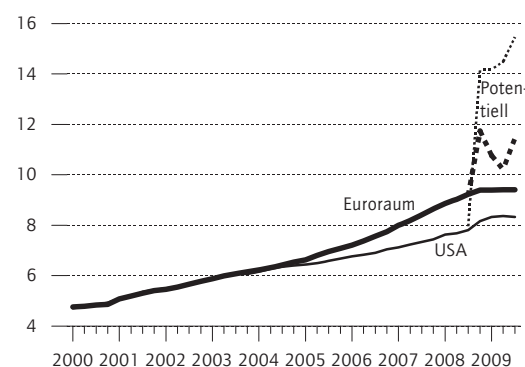
Falls die Banken aus Risikoaversion bei der Kreditvergabe zu zögerlich sind, würde ein zu schnelles Abschöpfen der Zentralbankliquidität durch Zinserhöhungen der Realwirtschaft weiter Geld entziehen. Dominieren hingegen Spekulationen, die zur erneuten Bildung von Blasen auf Vermögensmärkten führen, sollte die Zeit des billigen Geldes schnellstmöglich beendet werden. Angesichts der derzeit noch recht fragilen konjunkturellen Erholung wäre eine rasche Leitzinserhöhung in naher Zukunft problematisch. Der von der EZB gewählte schrittweise Ausstieg aus den expansiven geldpolitischen Maßnahmen ist daher angemessen. Leitzinserhöhungen sollten erst dann erfolgen, wenn die konjunkturelle Erholung auf sicheren Beinen steht und sich Risiken für Preissteigerungen deutlicher abzeichnen.

In den USA weist das Kreditvolumen seit dem ersten Quartal und im Euroraum seit dem zweiten Quartal des Jahres 2009 negative Wachstumsraten auf. Das Verhältnis von Kreditvolumen zur monetären Basis (Kreditmultiplikator) ist seit der Verschärfung der Finanzkrise im vierten Quartal 2008 stark rückläufig (Abbildung 10). In den USA war der Rückgang viel deutlicher als im Euroraum. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die US-Notenbank in erheblichem Umfang Anleihen von Nichtbanken aufgekauft hat, was einer Kreditvergabe gleichkommt.

Abbildung 9

Tatsächliche und potentielle Geldmenge M_3 im Euroraum und in den USA

In Billionen Euro beziehungsweise US-Dollar



Quelle: Global Insight.

DIW Berlin 2010

In Deutschland ist die Kreditvergabe an den Unternehmenssektor seit Februar rückläufig. Dennoch kann man derzeit nicht von einer allgemeinen Kreditklemme sprechen, da Kreditnachfrage und -angebot sich auf dem gleichen Niveau befinden.¹ Parallel zum Rückgang des Kreditangebots beobachten wir auch einen Rückgang der Kreditnachfrage. Diese sank wohl auch deshalb, weil die Unternehmen alternative Finanzierungsmöglichkeiten aufzutun konnten. So haben sich seit August 2008, als die Effektivzinsen auf Unternehmensanleihen einen Höchststand von 7,6 Prozent erreichten, die Finanzierungsbedingungen für nicht-finanzielle Unternehmen auf den Kapitalmärkten stark verbessert. Im November lag der gemittelte Zinssatz auf Unternehmensanleihen bei nur noch 4,4 Prozent. Dieser Rückgang ist neben einem niedrigen Leitzins im Euroraum vor allem auf gesunkene Risikoprämien zurückzuführen. Lag die Zinsdifferenz zwischen Unternehmens- und Staatsanleihen im Dezember 2008 noch bei einer Rekordhöhe von 3,7 Prozentpunkten, so sank diese bis Ende November 2009 kontinuierlich auf 1,7 Prozentpunkte. Vergleicht man die Zinssätze auf Bankkredite mit denen auf Unternehmensanleihen, so ist die Fremdfinanzierung über Bankkredite für Unternehmen zwar noch günstiger, aber inzwischen sind die Unterschiede sehr gering.

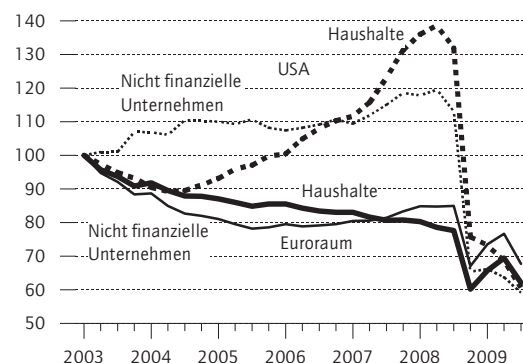
Zwar lässt sich im Moment keine Kreditklemme konstatieren, gleichwohl ist eine Verschärfung der Situation in den kommenden Monaten nicht auszuschließen. Dieser Engpass wäre jedoch nicht auf die Liquiditätsausstattung des Bankensystems zurückzuführen, da die Versorgung mit Zentralbankgeld reichlich ist, sondern auf eine Erosion

¹ Vgl. Dreger, C. et al.: Herbstgrundlinien 2009: Leichte Erholung im nächsten Jahr. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 42/2009.

Abbildung 10

Kreditmultiplikatoren¹ im Euroraum und in den USA

Index (1. Quartal 2003 = 100)



¹ Verhältnis von Kreditvolumen zu monetärer Basis.

Quelle: Global Insight.

DIW Berlin 2010

des Eigenkapitals des Bankensektors. Die Geldpolitik hat alles in ihrer Macht stehende getan, um die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Sie sollte sich nun auf einen graduellen Ausstieg aus der Liquiditätsübersversorgung konzentrieren. Dies könnte umso dringlicher werden, wenn die Konsolidierungsstrategie der fiskalpolitischen Instanzen nicht glaubwürdig ist. Die derzeit noch am EZB-Ziel orientierten Inflationserwartungen könnten in einem solchen Szenario deutlich steigen und ein rasches Einschreiten der Geldpolitik erfordern. Durch Leitzinserhöhungen würde die Konsolidierung der Haushalte weiter erschwert. Im schlimmsten Fall könnte eine Schuldenspirale der öffentlichen Haushalte mit weiter anziehender Inflation entstehen. Deshalb müssen die geld- und fiskalpolitischen Exitstrategien aufeinander abgestimmt sein.

Finanzpolitik: Überdosierung der Stabilisierungspolitik

Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag ein widersprüchliches finanzpolitisches Programm umrissen, das so kaum realisierbar ist. Es beinhaltet massive Abgabensenkungen und sieht keine konkreten Ausgabenkürzungen vor. Dennoch glaubt man, die Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Schuldenbremse einhalten zu können. Wichtige ordnungspolitische Vorhaben sind im Vagen geblieben. So ist die Einführung der Kopfpauschale im Gesundheitswesen geplant. Dabei wird außer Acht gelassen, dass der gleichzeitig angestrebte soziale Ausgleich zwar über das Steuersystem erfolgen, die hierfür prädestinierte Einkommensteuer aber weiter abgesenkt werden soll. Es soll mehr Geld für Bildung ausgegeben werden, durch die Steuerreform wird allerdings die finanzielle Basis der Länder geschwächt. Der Bund will deshalb die Länder bei den Bildungsausgaben unterstützen. Das steht in Widerspruch zur Föderalismusreform, wonach Bildung allein Aufgabe der Länder ist.

Das jüngst beschlossene *Wachstumsbeschleunigungsgesetz* ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Die Neuregelungen zur Mehrwertsteuersenkung für Gastgewerbe und Hotellerie konterkarieren das Ziel der Steuervereinfachung und sind konjunkturell wirkungslos. Schlimmer noch: Die unverhohlene Klientelpolitik untergräbt die ordnungspolitische Glaubwürdigkeit, die für den geplanten umfassenden Abbau von Steuerausnahmetatbeständen unverzichtbar ist. Die Erhöhung des Kindergeldes wird nur kurzzeitig die Konjunktur stimulieren. Das Gesetz erhöht das strukturelle Defizit des Staatshaushalts, stärkt aber nicht nachhaltig die wirtschaftlichen Wachstumskräfte.

Außerdem plant die Regierungskoalition weitere Entlastungen in den unteren und mittleren Bereichen des Einkommensteuertarifs in Höhe von rund 20 Milliarden Euro ab dem Jahr 2011. Durch die entsprechende Gestaltung eines Stufentarifs soll das Einkommensteuersystem vereinfacht und gleichzeitig der Mittelstandsbauch beseitigt werden. Generell ist ein Stufensystem nicht einfacher als der bestehende Tarifverlauf – ihm liegt lediglich eine andere Berechnungsformel zu Grunde. Die Komplexität des derzeitigen Steuersystems besteht nicht in der Berechnung der Steuerlast anhand der Tarif Tabellen, sondern in der Ermittlung der Bemessungsgrundlage, wenn vielfältige Ausnahme- und Abzugsmöglichkeiten gelten. Da keine hinreichenden Selbstfinanzierungseffekte

von Einkommensteuersenkungen zu erwarten sind, ergeben sich zudem erhebliche Zweifel an der Finanzierbarkeit dieses Vorhabens. Simulationen in verschiedenen Modellumgebungen deuten auf Selbstfinanzierungseffekte von rund einem Drittel hin. Bei einer Entlastung um 20 Milliarden Euro werden also höchstens sechs Milliarden Euro durch zusätzliches Wachstum in die Kassen gespült.

Die Schuldenbremse für den Bundeshaushalt schreibt vor, dass die Nettokreditaufnahme des Bundes ab 2016 lediglich 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts betragen darf. Um dem gerecht zu werden, müsste spätestens ab 2011 auf einen strengen Konsolidierungspfad eingeschwenkt werden. Da das Gesetz von Jahr zu Jahr einen stufenweisen Abbau des im Jahr 2010 aufgelaufenen Defizits zulässt, haben Bund und Länder einen Anreiz, sich gegenwärtig besonders hoch zu verschulden. Je höher nämlich das zu konsolidierende Defizit im Basisjahr, desto größer sind die haushaltspolitischen Spielräume während der eigentlichen Konsolidierungsphase.

Der in der Schuldenregel vorgeschriebene Konsolidierungspfad ist zudem im Koalitionsvertrag mit einer sogenannten *Goldenen Regel* kombiniert worden, wonach das nominale Ausgabenwachstum stets unter dem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts liegen müsse. Abgesehen davon, dass diese Regel schon in diesem Jahr kaum eingehalten werden dürfte, ist ihre ökonomische Ratio nicht nachvollziehbar.

Mit ihrer Absage an Steuererhöhungen im Zuge der Krisenbewältigung hat sich die Bundesregierung den Weg zu einer Umstrukturierung der Einnahmeseite – niedrigere direkte Steuern und Sozialbeiträge, höhere indirekte Steuern – allerdings nicht verbaut, da Mindereinnahmen in Folge von Steuersenkungen nicht als krisenbedingt angesehen werden. Insgesamt wirken indirekte Steuern neutraler und weniger belastend auf die wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb sollte über eine Anhebung der Mehrwertsteuer und eine Vereinfachung ihrer Systematik nachgedacht werden. Auch bei der Besteuerung von Grundbesitz und Erbschaften bestehen – nicht zuletzt im internationalen Vergleich – erhebliche Einnahmepotentiale. Allerdings belastet eine Mehrwertsteuererhöhung den sich gerade erholenden privaten Konsum erheblich. Zudem würden Haushalte mit niedrigen Einkommen überproportional getroffen. Insgesamt müsste

die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte angehoben werden, um die geplanten Entlastungen bei der Einkommensteuer in etwa budgetneutral zu gestalten.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muss auch auf der Ausgabenseite erfolgen. Allerdings ist der Rotstift vorsichtig anzusetzen: Die staatliche Investitionstätigkeit muss sich nach ihrer gesamtwirtschaftlichen Rendite richten, um zukünftige Wachstumschancen nicht zu beschneiden. Entscheidend ist, dass die generelle Aufgabenkritik für staatliches Handeln wieder unter finanzwissenschaftlichen Gesichtspunkten

in das Zentrum der wirtschaftspolitischen Debatte gerückt wird. So ermöglichen beispielsweise neue Technologien – wie die Möglichkeit zur elektronischen Erfassung von zurückgelegten Wegstrecken – die Bereitstellung ehemals öffentlicher Güter stärker über Gebühren und Beiträge zu finanzieren und damit an die tatsächliche Nutzung zu koppeln. Der Schwerpunkt bei einer ausgabeseitigen Konsolidierung muss aber in jedem Fall beim Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen liegen. Hierzu bietet sich zunächst eine Aktualisierung der vor einigen Jahren verfassten *Koch-Steinbrück-Liste* an, die dann in den nächsten Jahren abgearbeitet werden könnte.

JEL Classification:
E32, E66, F01

Keywords:
Economic outlook;
Business cycle forecast

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2009 bis 2011

	2008	2009	2010	2011	2009		2010		2011	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	1,4	0,0	-0,9	-0,7	0,3	-0,3	-0,7	-1,0	-0,8	-0,5
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-1,2	-3,1	1,0	1,2	-2,4	-3,8	0,5	1,5	0,9	1,5
Arbeitstage	1,1	0,0	0,5	-0,1	-1,9	1,8	0,8	0,2	0,8	-1,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,3	-3,2	0,6	0,4	-4,0	-2,4	0,5	0,7	0,9	-0,1
Produktivität ¹	0,0	-1,7	1,4	1,3	-2,8	-0,6	2,0	0,9	0,8	1,8
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,3	-4,8	2,1	1,8	-6,7	-3,0	2,6	1,7	1,7	1,8
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 861,5	1 890,1	1 941,1	1 987,0	921,2	968,9	944,0	997,0	966,9	1 020,1
Private Haushalte ²	1 409,7	1 418,3	1 453,7	1 487,2	693,2	725,1	708,1	745,6	724,7	762,5
Staat	451,8	471,8	487,3	499,8	228,0	243,8	235,9	251,5	242,2	257,6
Anlageinvestitionen	474,7	433,1	442,2	440,8	203,5	229,6	210,7	231,5	210,3	230,4
Ausrüstungen	201,8	158,4	160,1	163,9	75,5	82,9	76,2	83,9	78,3	85,6
Bauten	245,0	247,3	254,5	249,4	114,9	132,4	121,2	133,3	118,7	130,7
Sonstige Anlageinvestitionen	27,9	27,4	27,6	27,5	13,1	14,3	13,3	14,3	13,3	14,2
Vorratsveränderung ³	3,9	-9,2	2,4	-1,0	-2,9	-6,3	6,9	-4,4	4,4	-5,4
Inländische Verwendung	2 340,1	2 314,0	2 385,7	2 426,7	1 121,7	1 192,3	1 161,6	1 224,1	1 181,7	1 245,1
Außenbeitrag	155,7	95,5	104,4	139,4	47,4	48,1	56,0	48,4	70,7	68,7
Exporte	1 179,4	978,0	1 033,2	1 105,9	472,4	505,6	504,0	529,2	535,8	570,1
Importe	1 023,7	882,5	928,8	966,5	425,0	457,5	448,0	480,8	465,1	501,4
Bruttoinlandsprodukt	2 495,8	2 409,5	2 490,1	2 566,1	1 169,1	1 240,4	1 217,6	1 272,5	1 252,3	1 313,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,8	1,5	2,7	2,4	1,5	1,6	2,5	2,9	2,4	2,3
Private Haushalte ²	2,5	0,6	2,5	2,3	0,5	0,7	2,2	2,8	2,3	2,3
Staat	3,7	4,4	3,3	2,5	4,7	4,2	3,5	3,1	2,7	2,4
Anlageinvestitionen	4,2	-8,8	2,1	-0,3	-11,2	-6,5	3,6	0,8	-0,2	-0,5
Ausrüstungen	2,7	-21,5	1,1	2,4	-22,9	-20,2	1,0	1,2	2,8	2,0
Bauten	5,8	1,0	2,9	-2,0	-2,6	4,3	5,5	0,7	-2,0	-2,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,6	-1,9	0,8	-0,6	-1,9	-1,9	1,7	0,0	-0,3	-0,8
Inländische Verwendung	3,7	-1,1	3,1	1,7	-1,6	-0,6	3,6	2,7	1,7	1,7
Exporte	3,5	-17,1	5,6	7,0	-21,1	-12,9	6,7	4,7	6,3	7,7
Importe	5,8	-13,8	5,2	4,1	-15,6	-12,0	5,4	5,1	3,8	4,3
Bruttoinlandsprodukt	2,8	-3,5	3,3	3,1	-5,4	-1,6	4,1	2,6	2,9	3,2
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 669,0	1 685,1	1 708,1	1 732,7	827,7	857,3	835,5	872,6	847,8	884,8
Private Haushalte ²	1 249,9	1 256,1	1 271,9	1 288,7	616,3	639,8	620,8	651,1	629,5	659,2
Staat	419,3	429,4	436,7	444,5	211,6	217,8	215,0	221,7	218,6	225,9
Anlageinvestitionen	468,7	430,0	442,4	444,3	201,3	228,7	210,1	232,4	211,3	233,0
Ausrüstungen	224,8	178,8	183,4	190,8	84,6	94,3	86,5	96,9	90,3	100,5
Bauten	213,8	214,1	219,9	214,8	99,5	114,5	104,9	115,0	102,5	112,3
Sonstige Anlageinvestitionen	34,3	36,5	38,8	40,7	17,1	19,4	18,4	20,4	19,3	21,4
Inländische Verwendung	2 114,6	2 082,7	2 127,6	2 151,2	1 018,3	1 064,4	1 043,3	1 084,4	1 054,9	1 096,4
Exporte	1 161,5	992,4	1 045,3	1 112,7	479,7	512,6	510,2	535,1	541,2	571,5
Importe	1 002,1	917,9	971,6	1 022,9	439,9	478,0	468,1	503,5	491,3	531,7
Bruttoinlandsprodukt	2 274,0	2 163,8	2 209,1	2 248,1	1 061,2	1 102,6	1 088,3	1 120,8	1 107,2	1 140,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,8	1,0	1,4	1,4	1,0	1,0	0,9	1,8	1,5	1,4
Private Haushalte ²	0,4	0,5	1,3	1,3	0,4	0,6	0,7	1,8	1,4	1,2
Staat	2,0	2,4	1,7	1,8	2,7	2,1	1,6	1,8	1,7	1,9
Anlageinvestitionen	3,1	-8,2	2,9	0,4	-11,0	-5,6	4,4	1,6	0,6	0,3
Ausrüstungen	3,3	-20,5	2,5	4,0	-21,8	-19,2	2,3	2,8	4,4	3,7
Bauten	2,6	0,1	2,7	-2,3	-4,2	4,2	5,4	0,4	-2,3	-2,4
Sonstige Anlageinvestitionen	5,3	6,6	6,2	5,1	6,8	6,4	7,3	5,2	5,2	5,0
Inländische Verwendung	1,7	-1,5	2,2	1,1	-2,0	-1,0	2,5	1,9	1,1	1,1
Exporte	2,9	-14,6	5,3	6,4	-18,7	-10,3	6,4	4,4	6,1	6,8
Importe	4,3	-8,4	5,8	5,3	-10,3	-6,6	6,4	5,3	4,9	5,6
Bruttoinlandsprodukt	1,3	-4,8	2,1	1,8	-6,7	-3,0	2,6	1,7	1,7	1,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2009 bis 2011

	2008	2009	2010	2011	2009		2010		2011	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	2,1	0,1	1,2	1,0	0,1	0,1	1,4	1,0	0,9	1,0
Konsumausgaben des Staates	1,6	2,0	1,6	0,7	2,0	2,0	1,8	1,3	0,9	0,6
Anlageinvestitionen	1,1	-0,6	-0,8	-0,8	-0,2	-0,9	-0,8	-0,8	-0,7	-0,8
Ausrüstungen	-0,6	-1,3	-1,4	-1,6	-1,3	-1,3	-1,3	-1,6	-1,6	-1,6
Bauten	3,1	0,8	0,2	0,4	1,6	0,1	0,1	0,2	0,3	0,4
Exporte	0,6	-2,9	0,3	0,6	-3,0	-2,9	0,3	0,3	0,2	0,9
Importe	1,4	-5,9	-0,6	-1,2	-5,9	-5,8	-0,9	-0,2	-1,1	-1,3
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,5	1,2	1,3	1,5	1,4	1,6	0,9	1,1	1,4
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 830,6	1 805,5	1 830,2	1 875,2	898,5	908,0	907,3	923,6	926,2	949,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	229,2	229,7	232,3	237,2	112,9	117,2	113,8	118,6	115,8	121,4
Bruttolöhne und -gehälter	995,8	992,0	1 006,1	1 028,9	472,2	520,5	477,5	529,4	485,7	544,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	605,5	583,8	591,7	609,1	313,5	270,3	316,0	275,7	324,7	284,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	338,9	276,2	329,9	354,7	97,5	177,8	136,6	192,6	149,1	204,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 169,4	2 081,7	2 160,1	2 229,9	996,0	1 085,7	1 043,9	1 116,2	1 075,3	1 154,6
Abschreibungen	367,6	366,7	370,2	377,6	185,4	181,4	186,4	183,8	190,1	187,5
Bruttonationaleinkommen	2 537,0	2 448,5	2 530,2	2 607,5	1 181,4	1 267,1	1 230,3	1 300,0	1 265,4	1 342,1
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	1 886,0	1 808,2	1 883,2	1 946,2	859,1	949,0	905,7	977,5	933,7	1 012,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	661,0	586,5	644,7	680,1	274,1	311,4	314,4	329,6	332,2	347,1
Arbeitnehmerentgelt	1 225,1	1 221,7	1 238,4	1 266,1	585,1	637,7	591,3	647,9	601,5	665,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,9	-1,4	1,4	2,5	-0,4	-2,2	1,0	1,7	2,1	2,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,8	0,2	1,1	2,1	2,1	-1,3	0,8	1,2	1,8	2,4
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	-0,4	1,4	2,3	0,1	-0,7	1,1	1,7	1,7	2,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,2	-3,6	1,4	2,9	-2,0	-5,4	0,8	2,0	2,7	3,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-4,9	-18,5	19,4	7,5	-38,7	-1,2	40,1	8,3	9,2	6,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,4	-4,0	3,8	3,2	-6,1	-2,0	4,8	2,8	3,0	3,4
Abschreibungen	2,2	-0,2	0,9	2,0	0,0	-0,5	0,6	1,3	2,0	2,0
Bruttonationaleinkommen	2,4	-3,5	3,3	3,1	-5,2	-1,8	4,1	2,6	2,9	3,2
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	2,5	-4,1	4,1	3,3	-6,6	-1,8	5,4	3,0	3,1	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,2	-11,3	9,9	5,5	-18,7	-3,8	14,7	5,8	5,7	5,3
Arbeitnehmerentgelt	3,7	-0,3	1,4	2,2	0,5	-0,8	1,1	1,6	1,7	2,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	1 017,1	1 042,1	1 074,8	1 097,6	499,0	542,3	517,4	558,2	526,3	572,2
Nettolöhne- und -gehälter	642,7	636,4	653,0	665,8	299,1	337,6	306,5	347,3	310,2	356,5
Monetäre Sozialleistungen	452,7	490,7	510,5	520,7	243,6	247,0	255,4	255,1	260,7	260,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	78,3	85,0	88,7	88,9	43,8	42,3	44,5	44,2	44,6	44,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	605,5	583,8	591,7	609,1	313,5	270,3	316,0	275,7	324,7	284,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-64,5	-53,3	-48,9	-48,0	-32,4	-21,0	-29,3	-19,6	-26,0	-22,0
Verfügbares Einkommen	1 558,1	1 572,5	1 617,6	1 658,7	780,1	791,7	804,0	814,4	825,0	834,6
<i>Nachrichtlich:</i>										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	30,1	30,6	30,8	31,4	14,9	15,7	15,0	15,8	15,2	16,2
Konsumausgaben	1 409,7	1 418,3	1 453,7	1 487,2	693,2	725,1	708,1	745,6	724,7	762,5
Sparen	178,5	184,9	194,8	202,9	101,8	82,3	110,9	84,6	115,4	88,3
Sparquote in Prozent ⁷	11,2	11,5	11,8	12,0	12,8	10,2	13,5	10,2	13,7	10,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	2,1	2,5	3,1	2,1	1,9	2,8	3,7	2,9	1,7	2,5
Nettolöhne- und -gehälter	3,2	-1,0	2,6	2,0	-0,9	-1,0	2,5	2,9	1,2	2,6
Monetäre Sozialleistungen	0,7	8,4	4,0	2,0	7,5	9,3	4,8	3,3	2,1	1,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	2,0	8,5	4,4	0,2	12,6	7,2	1,7	4,5	0,2	0,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,2	-3,6	1,4	2,9	-2,0	-5,4	0,8	2,0	2,7	3,2
Verfügbares Einkommen	2,7	0,9	2,9	2,5	0,5	1,2	3,1	2,9	2,6	2,5
Konsumausgaben	2,5	0,6	2,5	2,3	0,5	0,7	2,2	2,8	2,3	2,3
Sparen	7,7	3,6	5,3	4,2	1,3	5,5	9,0	2,8	4,1	4,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2009 bis 2011

	2008	2009	2010	2011	2009		2010		2011	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸										
a) Milliarden Euro										
Einnahmen										
Steuern	592,6	562,4	549,5	568,9	285,7	276,7	272,9	276,7	282,8	286,2
Sozialbeiträge	408,1	412,8	421,0	430,2	202,1	210,8	205,8	215,2	209,5	220,7
Vermögenseinkommen	18,3	18,7	17,4	16,5	12,8	6,0	11,4	6,1	10,2	6,4
Sonstige Transfers	14,8	11,9	10,7	12,9	6,4	5,5	5,2	5,5	6,3	6,6
Vermögenstransfers	10,1	7,5	7,4	7,7	3,9	3,7	3,5	3,9	3,6	4,0
Verkäufe	47,6	49,0	49,6	51,1	23,3	25,6	23,8	25,7	24,7	26,4
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	1 091,8	1 062,8	1 056,0	1 087,7	534,3	528,5	522,8	533,2	537,3	550,4
Ausgaben										
Vorleistungen	106,6	113,1	118,6	123,2	52,1	61,0	54,8	63,8	57,0	66,2
Arbeitnehmerentgelte	172,1	177,5	179,5	181,1	84,9	92,6	85,8	93,6	86,6	94,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	67,1	66,2	71,8	73,2	31,5	34,7	35,6	36,2	36,7	36,5
Subventionen	28,0	30,4	29,7	29,6	15,5	15,0	14,9	14,9	14,8	14,8
Monetäre Sozialleistungen	421,6	443,7	462,7	472,7	220,5	223,2	231,5	231,2	236,7	236,0
Soziale Sachleistungen	185,8	195,8	204,4	211,2	96,5	99,2	100,9	103,6	104,4	106,9
Sonstige laufende Transfers	40,3	44,9	46,0	46,6	20,7	24,2	23,2	22,8	23,5	23,1
Vermögenstransfers	33,2	29,6	26,2	24,6	15,7	13,9	12,3	13,9	11,0	13,7
Bruttoinvestitionen	37,4	41,2	45,7	39,7	16,8	24,3	20,8	24,8	18,3	21,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,1	-1,1	-1,1	-0,5	-0,6	-0,5	-0,6	-0,5	-0,6
Insgesamt	1 090,8	1 141,3	1 183,5	1 200,8	553,7	587,5	579,3	604,2	588,4	612,4
Finanzierungssaldo	1,0	-78,4	-127,5	-113,1	-19,4	-59,0	-56,5	-70,9	-51,1	-62,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	2,8	-5,1	-2,3	3,5	-4,2	-6,0	-4,5	0,0	3,6	3,4
Sozialbeiträge	2,1	1,2	2,0	2,2	2,6	-0,1	1,8	2,1	1,8	2,5
Vermögenseinkommen	0,2	2,7	-7,0	-5,3	7,4	-6,1	-11,0	1,5	-10,7	4,8
Sonstige Transfers	6,3	-20,1	-9,7	20,3	-11,9	-27,9	-17,9	-0,2	19,9	20,6
Vermögenstransfers	3,6	-25,2	-1,6	3,3	-28,6	-21,4	-8,7	5,8	3,4	3,3
Verkäufe	1,5	3,0	1,2	3,2	2,7	3,2	2,1	0,4	3,9	2,6
Sonstige Subventionen	-5,1	16,2	-7,0	0,0	50,0	-4,3	-4,8	-9,1	0,0	0,0
Insgesamt	2,5	-2,7	-0,6	3,0	-1,5	-3,8	-2,2	0,9	2,8	3,2
Ausgaben										
Vorleistungen	5,3	6,1	4,8	3,9	6,3	6,0	5,1	4,6	4,1	3,8
Arbeitnehmerentgelte	2,2	3,1	1,1	0,9	3,1	3,1	1,1	1,1	0,9	0,9
Vermögenseinkommen	-0,3	-1,3	8,4	2,0	-7,4	5,1	12,9	4,3	3,1	0,8
Subventionen	1,4	8,6	-2,4	-0,5	14,5	3,1	-4,1	-0,6	-0,5	-0,5
Monetäre Sozialleistungen	0,7	5,2	4,3	2,2	4,4	6,1	5,0	3,6	2,2	2,1
Soziale Sachleistungen	4,2	5,4	4,4	3,3	5,3	5,4	4,5	4,3	3,4	3,2
Sonstige laufende Transfers	10,4	11,5	2,5	1,3	1,5	21,8	11,8	-5,6	1,3	1,3
Vermögenstransfers	11,0	-11,0	-11,5	-5,9	-10,3	-11,7	-21,4	-0,3	-11,1	-1,3
Bruttoinvestitionen	9,1	9,9	11,0	-13,0	3,3	15,0	23,9	2,1	-12,1	-13,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-3,5	-18,1	0,0	0,0	-30,0	-5,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,8	4,6	3,7	1,5	3,5	5,8	4,6	2,8	1,6	1,4

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Giovanni Sorda, Martin Banse, Claudia Kemfert

The Impact of Domestic and Global Biofuel Mandates on the German Agricultural Sector

The aim of this work is to evaluate the impact of domestic and global biofuel policies on Germany's agricultural sector. The central part of our study is divided into four sections. Section 2 presents in detail the issues that make biofuels a debated topic in today's economic policies. Fundamental aspects of our energy consumption patterns and the geographic location of our natural resources are highlighted together with a quantitative analysis of the recent surge in biofuels output capacity and estimates of their near-future deployment. An introduction to current and future biofuels production technologies is coupled with an overview of recent studies that assess their net contribution to harmful gaseous emissions and energy efficiency. The concerns associated with rising food prices and their likely causes are then briefly examined. Section 3 provides a thorough description of the subsidy, taxation and protection measures granted to biofuels across the world. Current governmental policies in the EU and its member states are given special attention. Section 4 presents the current literature on economic modelling and focuses on partial equilibrium (AGLINK-COSIMO, Impact, Esim, etc.) and general equilibrium frameworks (EPPA, GTAP, etc.). Section 5 simulates the impact of domestic and global biofuel policies in Germany within a Computable General Equilibrium framework. The LEITAP model is introduced. A description of the analysed scenarios is given on the basis of the envisaged biofuel blending mandates described in section 3. The simulation results are then evaluated with respect to production, prices, international trade and land use of the relevant commodities. The outcome clearly indicates that current biofuels policies significantly affect food markets as well as land allocation. The conclusion summarizes the main findings of our study and draws a comparison with results of other publications.

Discussion Paper Nr. 939

Oktober 2009

Guglielmo Maria Caporale, Christophe Rault, Robert Sova, Anamaria Sova

Financial Development and Economic Growth: Evidence from Ten New EU Members

This paper reviews the main features of the banking and financial sector in ten new EU members, and then examines the relationship between financial development and economic growth in these countries by estimating a dynamic panel model over the period 1994–2007. The evidence suggests that the stock and credit markets are still underdeveloped in these economies, and that their contribution to economic growth is limited owing to a lack of financial depth. By contrast, a more efficient banking sector is found to have accelerated growth. Furthermore, Granger causality test indicate that causality runs from financial development to economic growth, but not in the opposite direction.

Discussion Paper Nr. 940

Oktober 2009

Guglielmo Maria Caporale, Thouraya Hadj Amor, Christophe Rault

International Financial Integration and Real Exchange Rate Long-Run Dynamics in Emerging Countries: Some Panel Evidence

The aim of this paper is to provide new empirical evidence on the impact of international financial integration on the long-run Real Exchange Rate (RER) in 39 developing countries belonging to three different geographical regions (Latin America, Asia and MENA). It covers the period 1979–2004, and carries out "second-generation" tests for non-stationary panels. Several factors, includ-

ing international financial integration, are shown to drive the long-run RER in emerging countries. It is found that the new financial environment characterised by international financial integration leads to a depreciation of the RER in the long run. Further, RER misalignments take the form of an under-valuation in most MENA countries and an over-valuation in most Latin American and Asian countries.

Discussion Paper Nr. 941

Oktober 2009

John Beirne, Guglielmo Maria Caporale, Marianne Schulze-Ghattas, Nicola Spagnolo

**Global and Regional Spillovers in Emerging Stock Markets:
A Multivariate GARCH-in-Mean Analysis**

This paper examines global (mature market) and regional (emerging market) spillovers in local emerging stock markets. Tri-variate VAR GARCH(1,1)-in-mean models are estimated for 41 emerging market economies (EMEs) in Asia, Europe, Latin America, and the Middle East. The models capture a range of possible transmission channels: spillovers in mean returns, volatility, and cross-market GARCH-in-mean effects. Hypotheses about the importance of different channels are tested. The results suggest that spillovers from regional and global markets are present in the vast majority of EMEs. However, the nature of cross-market linkages varies across countries and regions. While spillovers in mean returns dominate in emerging Asia and Latin America, spillovers in variance appear to play a key role in emerging Europe. There is also some evidence of cross-market GARCH-in-mean effects. The relative importance of regional and global spillovers varies too, with global spillovers dominating in Asia, and regional spillovers in Latin America and the Middle East.

Discussion Paper Nr. 942

Oktober 2009

Ansgar Belke, Matthias Göcke, Martin Günther

**When Does It Hurt?
The Exchange Rate "Pain Threshold" for German Exports**

This paper deals with the impact of the \$/€ exchange rate on German exports in the period from 1995Q1 to 2008Q4. Our main aim is to identify "pain thresholds" for German exporters. We rely on a non-linear model according to which suddenly strong spurts of exports occur when changes of the EXR go beyond a kind of "play" area (analogous to a mechanical play). We implement an algorithm describing play-hysteresis into a regression framework. A unique "pain threshold" of the \$/€ exchange rate does not exist, since the borders of the play area and, thus, also the "pain threshold" (as the upper border) depend on the historical path of the whole process. We come up with an estimate of a play area width of 24 US dollar cent per euro. At the end of our estimation period, the previous exchange rate movements had shifted the upper bound of the play area to about 1.55 US dollar per euro. In our interpretation, this is the current "pain threshold", where a strong spurt reaction of exports to a further appreciation of the euro is expected to start.

Discussion Paper Nr. 943

Oktober 2009

Weekly Report DIW Berlin

No.33/2009, November 18, 2009

Extensive Research Does Not Imply Extensive Funding

Alexander Eickelpasch, Christoph Grenzmann

In Germany, two statistics examine the development and structure of public funding for research and development (R&D) in the private sector of the economy: the R&D statistics of the so-called "Stifterverband für die deutsche Wissenschaft – SV", a joint initiative of German industries to promote science and higher education (SV), and, secondly, the statistics of the "Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF" (German Federal Ministry of Education and Research) on "Federal Government expenditure on science, research and development to business enterprises". Based on these two sources, our weekly report provides an overview of the allocation of public R&D funding. The results highlight the fact that some research-intensive sectors such as the manufacture of aircraft and spacecraft benefit from disproportionately large amounts of federal state funding. Other, equally R&D-intensive business segments, such as the chemical industry receive a significantly lower proportion of public R&D grants. Generally speaking, smaller companies can expect greater support than large companies. This inequality in funding rates reflects the focus of research and innovation policy on particular company sizes or fields of technology. The second part of the report discusses the quality of the available data on the distribution of R&D funding. Considering the disparities between degree of coverage, consistency and timescale of the two statistics in question, the current state of available information remains unsatisfactory and requires further refinement.

Weekly Report DIW Berlin

No.34/2009, November 20, 2009

The Baltic States: No End to the Crisis In Sight

Patricia Alvarez-Plata, Hella Engerer

The global financial crisis and the dramatic slump in private capital flows associated with it has particularly affected the economies of the Baltic countries. The real gross domestic product decreased in the first half of 2009 in Latvia by 18.8 percent, in Estonia by 15.7 percent and in Lithuania by 11 percent. In the run-up to the current crisis, these countries had a high percentage of bank-related capital inflows that was mostly used for the financing of very high current account deficits. Currently, due to their fixed currency exchange systems and due to the lack of a possibility to create fiscal momentum, the Baltic countries only have limited economic scope of action. The situation of the public budgets is particularly tense in Latvia. Early warning indicators point to an imminent currency crisis in Latvia. A devaluation would improve the competitiveness of the country, but due to the high amount of credits given in foreign currencies, it would lead to large-scale domestic credit failures. A strong devaluation could also have negative effects on the two other Baltic countries. The example of the Baltic States shows how problematic a development strategy that is based on a high degree of foreign capital inflows actually is.

Themen des nächsten Wochenberichts:
Vermögensverteilung
Private Equity

Veröffentlichungen des DIW Berlin

Weekly Report DIW Berlin

No.35/2009, November 27, 2009

Violent Conflicts Increase Income Inequality

Marc Vothknecht

Political unrest, civil war, and—in extreme instances—genocide have contributed to the disappointing economic growth observed in many developing countries in recent decades, particularly in Africa. Sustained periods of violence also influence the distribution of income within a society; a cross-country analysis shows that income inequality increases as a result of violent conflicts, especially in the early post-war period. Immediate post-war efforts to address the social and economic disruption caused by conflict may help to counteract this trend.

Weekly Report DIW Berlin

No.36/2009, December 18, 2009

Renewable Energy in Europe: Strong Political Will Required for Ambitious Goals

Jochen Diekmann

A number of substantive goals and mechanisms for implementing an integrated climate and energy policy have been ratified over the last two years at the European level. By 2020, greenhouse gas emissions in Europe are to be reduced by at least 20 percent; energy efficiency improved by 20 percent; and the share of energy from renewable sources increased to 20 percent. According to a recent European Council decision, by 2050 greenhouse gas emissions in Europe are to be reduced by as much as 80 to 95 percent. In June of 2009 a new EU Directive was enacted for the promotion of renewable energy. The Directive sets binding goals for the share of energy from renewable sources in the 27 Member States by 2020 while also defining conditions for their achievement. The Directive replaced existing EU directives that had only set non-binding targets for electricity and fuels from renewable energy for 2010. These Directives have only been of limited effectiveness. Individual EU Member States must now immediately address how they plan to meet these requirements by devising and implementing appropriate domestic policy measures. Germany is in a good starting position for the further expansion of renewables, particularly because of its overhauled Renewable Energy Sources Act (EEG) and the new Renewable Energy Heat Act (EEWärmeG). Nevertheless, the new German government faces great challenges in integrating larger amounts of renewable energy into the energy economy at an accelerated pace.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Presestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,—
Einzelheft Euro 7,—
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.

Der nächste Wochenbericht erscheint
am 18 Januar 2010.



Immobilienkredite an Habenichtse und die falschen Lehren aus der Finanzkrise

Alexander Kritikos*

Rund ein Jahr ist es her, dass sich die internationale Finanzkrise mit voller Wucht auf die Realwirtschaft auszuwirken begann. Verursacht wurde die Krise schon viel früher, als in den USA Personen mit Krediten bedient wurden, die über kein Einkommen, keinen Job und keinerlei Sicherheiten verfügten. Befeuert durch eine expansive Geldpolitik mit Zinsen nahe null sollten die im Finanzjargon als *Ninjas* bezeichneten Kunden sich trotz ihrer Armut mit gepumptem Geld ein Haus kaufen dürfen. Wie die Sache ausging, ist bekannt. Jenseits der Finanzkrise scheint aber auch das Vorurteil bestätigt, dass eine Vergabe von Hypotheken an einkommensschwache Haushalte nicht möglich sei. Ein Blick in die Welt der Mikrokredite zeigt indes, dass das so pauschal nicht stimmt, und macht deutlich, warum solche Kredite an einer Stelle funktionieren, an anderer Stelle zum Giftcocktail für das Finanzsystem mutierten:

Regel Nummer 1 der Mikrofinanz ist ein mehrjähriges Bewährungssystem. Immobilienkredite stehen dabei am Ende des Systems – nachdem die meist armen Kreditnehmer vorherige Kredite vertragsgemäß zurückgezahlt haben. Kreditgeber verleihen Hypotheken also an erwiesenermaßen kreditwürdige Personen – in den USA waren viele *Ninjas* dagegen erstmalig Kreditnehmer, ohne Sicherheiten und ohne Rückzahlungshistorie.

Regel Nummer 2: Ein von Zinsschwankungen unabhängiger Rückzahlungsplan. Mikrokredite funktionieren deshalb so gut, weil die Kreditnehmer bei Vertragsabschluss wissen, wann sie mit welchen Zins- und Tilgungsraten konfrontiert werden. Was in der Mikrofinanz generell und in Deutschland bei Immobilienkrediten üblich ist, wurde in den USA geflissentlich übergangen. Hypotheken wurden bei variablem Zinssatz zu Zinsen von einem Prozent und weniger angeboten. Ein Wahnsinn! Bereits ein Anstieg der Zinsen von einem Prozent auf zwei Prozent verdoppelte die Zinsbelastung und ließ viele Kreditnehmer aus der Kurve fliegen.

Auch bei einer Kreditvergabe an Arme gilt das Prinzip: Kredite werden nur nach positiver, auf die Zielgruppe angepasster Kreditwürdigkeitsprüfung vergeben. Eine solche Prüfung wird dadurch erleichtert, dass die monatlichen Belastungen exakt kalkulierbar sind. In den USA fanden dagegen kaum Kreditwürdigkeitsprüfungen statt. Vieles deutet darauf hin, dass die Banken stattdessen vor der Finanzkrise Hypotheken aggressiv unters Volk brachten.

Immobilienkredite an Arme sind also unter der Voraussetzung einer Zinsbindung und einer Kreditwürdigkeitsprüfung machbar. Und sie sind volkswirtschaftlich sinnvoll, denn sie ermöglichen einkommensschwachen Haushalten die Kapitalbildung. Leider werden Regulierungen wie eine Zinsbindung für Immobilienkredite in keiner Diskussion über die neue Finanzmarktarchitektur berücksichtigt, vielleicht auch, weil das Instrument so wenig spektakulär ist.

* Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Leiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).